

Handbuch der Rechtspraxis

Band 3

Insolvenzrecht

von

Dr. Michael C. Frege

Rechtsanwalt in
Frankfurt a. M./Berlin/Leipzig
Fachanwalt für Insolvenzrecht

Ulrich Keller

Professor an der Hochschule
für Wirtschaft und Recht Berlin
Fachbereich Rechtspflege

Ernst Riedel

Dipl.-RpfL (FH), Dozent an der
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege
Fachbereich Rechtspflege, Starnberg

8., völlig neu bearbeitete Auflage 2015



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	LV
Literaturverzeichnis	LIX

Teil 1. Einleitung – Allgemeine Grundsätze des Insolvenzrechts

Kapitel 1. Grundfragen des Insolvenzrechts

I. Der Regelungszweck des Insolvenzverfahrens	3
1. Der Zweck des Insolvenzrechts im Wirtschaftsleben	3
2. Die Einordnung des Insolvenzrechts in die allgemeine Rechtsordnung	5
II. Zur Geschichte des Insolvenzrechts	7
1. Vom römischen Recht zur Konkursordnung	7
2. Insolvenzrechtsreform und Insolvenzordnung	9
III. Internationalisierung des Insolvenzrechts	15
1. Universalitätsprinzip und Territorialprinzip	15
2. Die Europäische Verordnung über Insolvenzverfahren	16
IV. Allgemeine Verfahrensgrundsätze	17
1. Die Stellung des Insolvenzverfahrens im Zivilrecht	17
2. Entscheidungskompetenzen des Insolvenzgerichts	17
3. Haftungsverwirklichung für die Gläubiger	18
4. Das Prinzip der gleichmäßigen Befriedigung der Gläubiger	18
5. Die Selbstverwaltungsorgane in der Insolvenz	19
a) Grundsatz der Gläubigerautonomie	19
b) Der Insolvenzverwalter	20
c) Die Gläubigerversammlung	21
d) Der Gläubigerausschuss	22
6. Umfang der Beschlagnahme des Schuldnervermögens	23
a) Pfändbares Vermögen des Schuldners	23
b) Geschäftsbücher des Schuldners	24
c) Handelsgeschäft des Schuldners	24
7. Die Bereinigung der Insolvenzmasse	25
8. Anmeldepflicht der Insolvenzgläubiger	25

Kapitel 2. Anwendung von Zivilprozessordnung und Gerichtsverfassungsgesetz

I. Entsprechende Anwendung der Zivilprozessordnung	27
1. Verweisung auf die Zivilprozessordnung durch § 4 InsO	27
2. Vorschriften über den Gerichtsstand	27
3. Parteifähigkeit, Prozessfähigkeit, Vertretung im Verfahren	28
4. Vorschriften des Kostenwesens	28
a) Bestimmung des Gegenstandswerts	28
b) Kostentragungspflicht des Schuldners	29
5. Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen	30
a) Allgemeine Anwendung der Zivilprozessordnung	30
b) Befangenheit der Organe des Insolvenzgerichts	31
6. Anwendbarkeit sonstiger Vorschriften der Zivilprozessordnung	32
II. Abweichungen von den Vorschriften der Zivilprozessordnung	32
1. Der Grundsatz der Amtsermittlung	32
2. Schriftliche Durchführung des Insolvenzverfahrens	34

	Seite
a) Grundsatz der Mündlichkeit	34
b) Voraussetzungen der schriftlichen Durchführung	34
c) Schriftliche Durchführung der Gläubigerversammlungen	35
d) Beschlussfassung des Gerichts	36
e) Muster: Beschluss zur Anordnung des mündlichen Verfahrens	36
3. Entscheidungen des Insolvenzgerichts	37
a) Verfügungen und Beschlüsse	37
b) Begründung gerichtlicher Entscheidungen	37
4. Die Zustellung im Insolvenzverfahren	38
a) Zustellung von Amts wegen nach § 8 Abs. 1 InsO	38
b) Die Arten der Zustellung	38
aa) Zustellung durch Aushändigung	39
bb) Zustellung gegen Empfangsbekenntnis	39
cc) Zustellung durch Einschreiben mit Rückschein	40
dd) Zustellung mit Zustellungsurkunde	41
ee) Zustellung durch Aufgabe zur Post	41
c) Die Wahl der Zustellungsart	42
d) Zustellung des Schuldenbereinigungsplans nach § 307 Abs. 1 Satz 3 InsO	43
e) Übertragung der Zustellung auf den Insolvenzverwalter nach § 8 Abs. 3 InsO	44
5. Die Öffentliche Bekanntmachung im Insolvenzverfahren	45
a) Bedeutung und Zweck der öffentlichen Bekanntmachung	45
aa) Die materiellrechtliche Warnfunktion der öffentlichen Bekanntmachung	46
bb) Die verfahrensrechtliche Gewährleistung der Verfahrensbeteiligung ...	46
b) Öffentlich bekanntzumachende Tatsachen und Entscheidungen	47
aa) Besondere gesetzliche Anordnung der öffentlichen Bekanntmachung ...	47
bb) Pressemitteilungen	47
c) Das Verhältnis zwischen öffentlicher Bekanntmachung und Zustellung ...	47
d) Der Ort der öffentlichen Bekanntmachung	48
aa) Das Internet als amtliches Verkündungsblatt nach § 9 Abs. 1 Satz 1 InsO	48
bb) Die zusätzliche Bekanntmachung im Bundesanzeiger	49
cc) Veröffentlichung in Tageszeitungen	49
dd) Die Kosten der öffentlichen Bekanntmachung	50
e) Die Verordnung zur öffentlichen Bekanntmachung in Insolvenzverfahren	50
aa) Technische Anforderungen an die Internetbekanntmachung	50
bb) Lösungsfristen	51
cc) Sicherstellung des Zugangs zum Internet durch das Gericht	51
f) Inhaltliche Angaben der öffentlichen Bekanntmachung	51
aa) Die Bezeichnung des Schuldners	51
bb) Die Bezeichnung des Insolvenzverwalters	53
cc) Die Angabe eines antragstellenden Gläubigers	53
dd) Der Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	53
ee) Einberufung der Gläubigerversammlung	54
g) Wirksamkeit und Rechtsfolgen der öffentlichen Bekanntmachung	55
h) Die Zustellungsfiktion nach § 9 Abs. 3 InsO	55
III. Anwendung des Gerichtsverfassungsgesetzes	56
1. Deutsch als Gerichtssprache	57
2. Regelung der Geschäftsverteilung	57
3. Sitzungsleitung	58
a) Anwendung der §§ 176 ff. VVG auf die Gläubigerversammlung	58
b) Ordnungsmaßnahmen des Gerichts	59
4. Nicht-Öffentlichkeit der Gläubigerversammlung	60

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Protokollierung der Verhandlung	61
6. Rechts- und Amtshilfe	61
IV. Rechtliches Gehör im Insolvenzverfahren	62
1. Anhörung der Beteiligten	62
a) Vorgeschiedene Anhörung im Verfahren	62
b) Absehen von einer Anhörung	63
2. Rechtliches Gehör	64
a) Rechtliches Gehör bei Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	64
b) Rechtliches Gehör bei verfahrensabschließenden Entscheidungen	65
c) Rechtliches Gehör und persönliche Beschränkungen des Schuldners	66
 Kapitel 3. Prozesskostenhilfe im Insolvenzverfahren und Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens	
I. Allgemeine Anwendung der §§ 114 ff. ZPO	67
1. Prozesskostenhilfe für den Gläubiger bei Insolvenzantragstellung	67
2. Prozesskostenhilfe für den Schuldner des Insolvenzverfahrens	68
a) Verweigerung von Prozesskostenhilfe im Konkursrecht	68
b) Gewährung von Prozesskostenhilfe zur Erlangung der Restschuldbefreiung	71
c) Gewährung von Beratungshilfe	72
II. Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens nach §§ 4a ff. InsO	72
1. Überblick zum Regelungsgehalt der §§ 4a ff. InsO	73
2. Die Voraussetzungen der Gewährung von Kostenstundung	73
a) Antrag auf Erteilung der Kostenstundung und Antrag auf Restschuldbefreiung	74
aa) Grundsatz des Antragserfordernisses	74
bb) Zeitpunkt der Antragstellung	75
cc) Inhalt des Antrags und vorzulegende Nachweise	75
b) Keine Deckung der Verfahrenskosten durch das Vermögen des Schuldners	75
aa) Bewertung des schuldnerischen Vermögens	76
bb) Prognose der Verfahrenskosten	76
cc) Deckung der Verfahrenskosten durch Dritte	77
c) Nichtvorliegen von Versagungsgründen nach § 290 Abs. 1 Nr. 1 und 3 InsO	78
3. Die Entscheidung über den Antrag auf Kostenstundung	78
a) Die Kostenstundung als Folgeentscheidung	79
b) Die Zuständigkeit für die Entscheidung	79
c) Die Entscheidung in den jeweiligen Verfahrensabschnitten	79
aa) Die Kostenstundung im Insolvenzeröffnungsverfahren	79
bb) Die Kostenstundung im Schuldenbereinigungsverfahren	80
cc) Die Kostenstundung im eröffneten Insolvenzverfahren	80
dd) Die Kostenstundung im Restschuldbefreiungsverfahren	81
ee) Kostenstundung im Beschwerdeverfahren	81
ff) Muster: Bewilligung der Kostenstundung nach Insolvenzeröffnung	82
d) Rechtsmittel gegen die Entscheidung über Kostenstundung	82
4. Beiordnung eines Rechtsanwalts	83
a) Erfordernis einer anwaltlichen Vertretung	85
b) Verfahren der Beiordnung	85
c) Muster: Beschluss über die nachträgliche Beiordnung eines Rechtsanwalts im Restschuldbefreiungsverfahren	85
d) Die Gebühren des beigeordneten Anwalts	86
5. Die Wirkungen der Kostenstundung	86
a) Suspension der Kostenerteilung beim Schuldner	86
b) Zweitschuldnerhaftung eines Gläubigers	86
c) Vergütungsansprüche gegen die Staatskasse	86
6. Verlängerung der Stundung und Anordnung von Ratenzahlungen	87

	Seite
a) Das Ende der Stundungswirkung mit Ende des Restschuldbefreiungsverfahrens	87
b) Verlängerung der Stundung bei andauerndem Unvermögen des Schuldners	88
c) Das Verfahren der Verlängerung der Stundung	91
d) Muster: Bewilligung einer Verlängerung der Kostenstundung nach Annahme eines Schuldenbereinigungsplans	91
e) Muster: Verlängerung der Kostenstundung und Anordnung von Ratenzahlungen nach Erteilung der Restschuldbefreiung	92
7. Möglichkeiten der Abänderung getroffener Entscheidungen	93
a) Vorzeitige Aufhebung der Kostenstundung nach § 4b Abs. 2 InsO	93
b) Aufhebung der Kostenstundung nach § 4c InsO	93
c) Das Verfahren zur Aufhebung der Kostenstundung	95
d) Folgen der Aufhebung der Kostenstundung	96
e) Muster: Aufhebung der Kostenstundung innerhalb des Restschuldbefreiungsverfahrens	96
III. Prozesskostenhilfe für den Insolvenzverwalter	97
1. Anwendung des § 116 Abs. 1 Nr. 1 ZPO auf den Insolvenzverwalter	97
2. Die Voraussetzungen zur Gewährung von Prozesskostenhilfe	98
a) Umfang der Insolvenzmasse	98
b) Einstandspflicht der Gläubiger als wirtschaftlich Beteiligte	99
 Kapitel 4. Auskunft und Akteneinsicht im Insolvenzverfahren	
I. Bedeutung der Auskunft in der Praxis der Insolvenzgerichte	102
1. Tragweite der Auskunftsgewährung	102
2. Entwicklung in Rechtsprechung und Literatur	103
3. Auskunft mittels elektronischer Medien und Datenträger	104
a) Veröffentlichungen im Internet	104
b) Beauftragung von Dienstleistern zur Auskunft im Internet	104
4. Auskunft auf Grund Informationsfreiheitsgesetz	105
5. Auskunft bei börsennotierten Unternehmen und Finanzdienstleistern	106
II. Anwendung des § 299 ZPO im Insolvenzverfahren	106
1. Der Parteienbegriff im Insolvenzverfahren	106
2. Auskunft bei öffentlich bekanntgemachten Tatsachen	107
3. Grundfragen der Auskunft und Akteneinsicht	107
III. Auskunft und Akteneinsicht im Insolvenzeröffnungsverfahren	108
1. Der Parteienbegriff im Insolvenzeröffnungsverfahren	108
a) Die Parteien im Sinne des § 299 Abs. 1 ZPO	108
b) Glaubhaftmachung eines rechtlichen Interesses	108
2. Antwort des Gerichts bei fehlender Glaubhaftmachung	110
3. Muster: Schreiben des Gerichts zur Glaubhaftmachung eines rechtlichen Interesses	110
4. Auskunft bei Eigenantrag des Schuldners	110
5. Auskunftsgewährung bei Anordnung einstweiliger Sicherungsmaßnahmen	111
6. Antragszurückweisung, Erledigung der Hauptsache	112
7. Abweisung der Insolvenzeröffnung mangels Masse	112
a) Öffentliche Bekanntmachung der Abweisung mangels Masse	112
b) Akteneinsicht nach Abweisung mangels Masse	113
c) Einsicht in das Gutachten zur Abweisung mangels Masse	113
IV. Auskunft und Akteneinsicht im eröffneten Insolvenzverfahren	114
1. Keine unbegrenzte Auskunftspflicht des Gerichts	114
2. Festlegung einer Berichtspflicht gegenüber der Gläubigerversammlung	115
3. Beendigung des eröffneten Insolvenzverfahrens	115
V. Auskunft und Akteneinsicht an Behörden durch Amtshilfe	116
1. Stellung der Behörde im Insolvenzverfahren	116

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Einsichtsgewährung als gerichtliche Entscheidung	116
VI. Umfang der Akteneinsicht und Ausschluss von der Einsicht	116
1. Einsicht in die Verfahrensakte	116
2. Beschränkung der Einsicht auf Teile der Akten	117
VII. Entscheidungszuständigkeit zur Gewährung der Akteneinsicht	117
1. Akteneinsicht an Parteien des Verfahrens	117
2. Akteneinsicht an Dritte	118
VIII. Aktenversendung	119
1. Aktenversendung im laufenden Verfahren	119
2. Muster: Schreiben zum Gesuch auf Aktenversendung im laufenden Insolvenzverfahren	119
3. Aktenversendung im abgeschlossenen Verfahren	120
a) Voraussetzungen der Aktenversendung	120
b) Muster: Verfügung zur Aktenversendung	120
Kapitel 5. Die funktionelle Zuständigkeit im Insolvenzverfahren	
I. Die funktionellen Zuständigkeiten am Insolvenzgericht	121
1. Richter, Rechtspfleger und Urkundsbeamter der Geschäftsstelle	121
2. System der Zuständigkeitsregelung des Rechtspflegergesetzes	122
3. Das Evokationsrecht nach § 18 Abs. 2 RPflG	124
II. Zuständigkeit im Regelinsolvenzverfahren	126
1. Zuständigkeit im Insolvenzeröffnungsverfahren	126
a) Allgemeine gerichtliche Entscheidungen	126
b) Zuständigkeit für verfahrensleitende Verfügungen	127
c) Festsetzung der Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	128
2. Zuständigkeit im eröffneten Insolvenzverfahren	129
a) Allgemeine Zuständigkeit des Rechtspflegers	129
b) Entscheidung über Vollstreckungsmaßnahmen im Insolvenzverfahren	131
III. Zuständigkeit in den besonderen Verfahren der Insolvenzordnung	132
1. Zuständigkeit im Insolvenzplanverfahren	132
2. Entscheidungen im Verfahren der Eigenverwaltung	133
3. Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung	133
a) Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	133
b) Rechtspflegerzuständigkeit im vereinfachten Insolvenzverfahren	134
c) Erteilung und Versagung der Restschuldbefreiung	134
Kapitel 6. Rechtsmittel im Insolvenzverfahren	
I. Das allgemeine Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde, § 6 InsO	136
1. Anfechtbarkeit von Entscheidungen im Insolvenzverfahren	136
2. Verfahrensgang bei Einlegung der sofortigen Beschwerde	140
3. Die Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde	142
a) Die sofortige weitere Beschwerde bis 31.12.2001	142
b) Die Rechtsbeschwerde seit 1.1.2002	142
aa) Statthaftigkeit bis 27. Oktober 2011	142
bb) Zulassung nach § 574 ZPO	142
cc) Einlegung der Rechtsbeschwerde	144
dd) Verfahrensgang	144
II. Rechtsmittel gegen Rechtspflegerentscheidungen	145
1. Wegfall der Rechtspflegererinnerung, § 11 Abs. 1 RPflG	145
2. Anwendung des § 11 Abs. 2 RPflG	146
III. Anfechtung der Stimmrechtsentscheidung nach § 18 Abs. 3 RPflG	146
1. Grundsatz der Unanfechtbarkeit der Stimmrechtsentscheidung	146
2. Antrag auf Neufestsetzung des Stimmrechts	146
IV. Rechtsbehelfsbelehrung nach § 232 ZPO	147
1. Notwendigkeit der Rechtsbehelfsbelehrung	147

	Seite
2. Entbehrlichkeit und Folgen des Unterlassens	148
3. Arten der Rechtsbehelfe im Insolvenzverfahren	148
4. Muster für Rechtsbehelfsbelehrungen	149
a) Konkreter Inhalt der Rechtsbehelfsbelehrung	149
b) Muster: Rechtsbehelfsbelehrung bei Statthaftigkeit der Rechtspflege- erinnerung nach § 11 Abs. 2 RPflG	149
c) Muster: Rechtsbehelfsbelehrung bei Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde nach 6 InsO	150
d) Muster: Rechtsbehelfsbelehrung bei Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde nach § 793 ZPO	150
 Teil 2. Das Insolvenzeröffnungsverfahren 	
Kapitel 1. Verfahrensgrundsätze und Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	
I. Verfahrensgrundsätze	153
II. Ausschließliche Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	154
1. Zuständigkeit nach § 2 InsO	154
2. Übersicht: Landesrechtliche Regelungen zur Zuständigkeitskonzentration in Insolvenzsachen nach § 2 Abs. 2 InsO	154
III. Die Örtliche Zuständigkeit	155
1. Gesetzssystematik	155
2. Allgemeiner Gerichtsstand	156
a) Natürliche Personen	156
b) Juristische Personen und gleichgestellte Gesellschaften	157
3. Mittelpunkt wirtschaftlicher Tätigkeit	157
a) Begriff	157
b) Eingestellte Geschäftstätigkeit	160
c) Gesellschafter-Insolvenz	160
d) Mehrfache Zuständigkeit	160
IV. Kompetenzkonflikte	161
1. Verweisung auf Antrag	161
2. Bestimmung der Zuständigkeit	162
a) Verfahren	162
b) Muster: Zwischenverfügung bei örtlicher Unzuständigkeit des Gerichts ...	163
c) Muster: Verweisungsbeschluss bei örtlicher Unzuständigkeit	163
d) Muster: Zurückweisung des Eröffnungsantrags wegen Unzuständigkeit ...	163
e) Muster: Vorlage zur Bestimmung des zuständigen Gerichts	164
V. Internationale Zuständigkeit	164
 Kapitel 2. Insolvenzfähigkeit des Schuldners	
I. Rechtliche Bedeutung	167
1. Begriff der Insolvenzfähigkeit	167
2. Zulässigkeitsvoraussetzung	167
3. Verfahrensfähigkeit	167
II. Einzelfragen	167
1. Insolvenzfähige Personen und Personengemeinschaften	167
2. Insolvenzunfähige Personen und Personenvereinigungen	169
 Kapitel 3. Insolvenzgründe	
I. Vorbemerkungen	171
1. Insolvenzgründe	171
2. Antragsbefugnis	171
3. Prüfung durch das Insolvenzgericht	172
II. Zahlungsunfähigkeit	172
1. Gesetzliche Definition	172

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Tatbestandsmerkmale	173
a) Fällige Zahlungspflichten des Schuldners	173
b) Abgrenzung zur Zahlungsstockung	175
aa) Wesentlichkeit	175
bb) Dauer der Zahlungsunfähigkeit/Zahlungsstockung	176
cc) Indizien für eine Zahlungsunfähigkeit	177
dd) Liquidierbares Vermögen	178
c) Auslegungsgrundsatz	178
d) Abgrenzung zur Zahlungsunwilligkeit	178
e) Zahlungseinstellung als Regelfall der Zahlungsunfähigkeit	178
f) Weitere Bedeutung der Zahlungsunfähigkeit	179
3. Prüfung der Zahlungsunfähigkeit	179
III. Drohende Zahlungsunfähigkeit gemäß § 18 InsO	181
1. Gesetzliche Definition	181
2. Tatbestandsmerkmale	181
a) Drohend	181
b) Prognose der Zahlungsunfähigkeit	181
c) Zahlungsunfähigkeit	182
IV. Überschuldung	182
1. Vorbemerkung	182
2. Gesetzliche Definition	183
3. Tatbestandsmerkmale	183
a) Feststellung der Überschuldung	183
b) Vermögensansatz	184
aa) Methode	184
bb) Einlagen	184
cc) Eigene Geschäftsanteile	184
dd) Immaterielle Vermögenswerte	185
ee) Immobilien und Mobilien	185
ff) Unfertige Produkte	185
gg) Forderungen	185
hh) Ansprüche gegen Geschäftsführer/Gesellschafter	186
ii) Konzernansprüche	186
c) Passiva	186
aa) Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	187
bb) Pensionsverpflichtungen	188
cc) Haftung, insbesondere Umwelthaftung	188
dd) Sonstige Verbindlichkeiten	188
ee) Vermögensvergleich	188
ff) Muster: Überschuldungsstatus	188
d) Fortführungsprognose und Ansatz von Fortführungswerten	189
e) Fortführungsprognose im Einzelnen	189
aa) Kriterien einer Prognose	190
bb) Prognosezeitraum	191
f) Maßnahmen zur Beseitigung der Überschuldung	191
g) Übersichten: Phasen der Unternehmenskrise und Aufgaben der Insolvenzverwaltung	192

Kapitel 4. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

I. Antragserfordernis	195
II. Der Antrag als Prozesshandlung	195
1. Partei- und Prozessfähigkeit	195
2. Rechtsgeschäftliche Vertretung	195
III. Form und Inhalt	196
1. Schriftform	196

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Bedingungsfeindlichkeit	196
3. Bestimmtheitserfordernis	197
4. Daten der Beteiligten	197
5. Angaben zur Insolvenzfähigkeit	198
IV. Gläubigerantrag	198
1. Forderung gegen den Schuldner	198
a) Art der Forderung	198
b) Fehlende Einzugsbefugnis	199
2. Rechtsschutzbedürfnis	199
a) Berücksichtigung von Amts wegen	199
b) Beteiligung im eröffneten Verfahren	200
c) Verfolgung verfahrensfremder Ziele	201
d) Alternative Rechtsverfolgung	202
e) Gesicherte Ansprüche	202
f) Eingeschränkt durchsetzbare Ansprüche	202
3. Glaubhaftmachung der Forderung	203
4. Glaubhaftmachung des Insolvenzgrundes	204
a) Zulässigkeitsvoraussetzung	204
b) Mittel der Glaubhaftmachung	205
5. Anlagen	206
6. Kosten	206
7. Prozesskostenhilfe	208
a) Voraussetzungen	208
b) Muster: Anhörung des Schuldners zum Prozesskostenhilfeantrag des Gläubigers	209
c) Muster: Bewilligung der Prozesskostenhilfe für den Gläubiger	210
d) Muster: Gläubigerantrag auf Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens	210
V. Besonderheiten bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen	211
VI. Schuldnerantrag	211
1. Allgemeine Anforderungen	211
a) Notwendige Angaben und Nachweise	211
b) Rechtsschutzbedürfnis	212
2. Antragsrecht	212
a) Regelfall	212
b) Faktisches Vertretungsorgan	212
c) Gesellschaft ohne Vertretungsorgan	213
d) Vor-Gesellschaft und Vorgründungsgesellschaft	213
e) Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	213
f) Besonderheiten bei mehrköpfiger Vertretung	213
3. Antragspflicht	214
a) Natürliche Personen/Personengesellschaften	214
b) Juristische Personen	214
c) Personengesellschaften ohne natürliche Person als persönlich haftende Gesellschafter	214
d) Nachlass	215
e) Fortgesetzte Gütergemeinschaft	215
f) Verein	215
aa) Eingetragener Verein	215
bb) Nicht eingetragener Verein	216
g) Körperschaft des öffentlichen Rechtes	216
h) Stiftung	216
i) Kreditinstitute	216
4. Kosten	216
5. Muster: Eigenantrag auf Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens über das Ver- mögen einer Kommanditgesellschaft wegen drohender Zahlungsunfähigkeit ...	217

	Seite
VII. Antragsrücknahme und sonstige Erledigung des Eröffnungsantrags	218
1. Form und Inhalt der Antragsrücknahme	218
2. Rücknahme des Eigenantrags bei mehrköpfiger Vertretung und Vertreterwechsel	218
3. Rücknahme des Fremdantrags	218
a) Fälle der Antragsrücknahme	218
b) Kostenfolge der Antragsrücknahme	219
c) Muster: Kostenentscheidung nach Rücknahme des Fremdantrags	219
4. Erledigungserklärung des Fremdantrags	220
a) Einseitige Erledigungserklärung	220
b) Übereinstimmende Erledigungserklärung.....	220
c) Anwendungsbereich	220
d) Muster: Entscheidung nach einseitiger Erledigungserklärung	221
5. Zeitpunkt der Rücknahme oder der Erledigungserklärung	221
Kapitel 5. Gerichtliche Prüfung des Eröffnungsantrags	
I. Grundsätze	223
1. Eingeschränkte Amtsermittlungspflicht	223
a) Allgemeines	223
b) Amtsermittlungen im Bereich der Zulässigkeit	223
c) Von Amts wegen zu beachtende Zulässigkeitsvoraussetzungen	224
2. Formale Sachbehandlung	225
3. Muster: Verbindung mehrerer Eröffnungsverfahren	226
4. Hinweis auf Restschuldbefreiung	226
II. Zulässigkeitsprüfung beim Eigenantrag	226
1. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	226
2. Verzeichnisse und Erklärungen	226
3. Entscheidung	227
4. Muster: Beanstandung eines Eigenantrags	227
III. Zulässigkeitsprüfung beim Fremdantrag	228
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen	228
2. Entscheidung	228
3. Muster: Beanstandung eines Fremdantrags	228
IV. Gewährung rechtlichen Gehörs	229
1. Anhörung des Schuldners zu einem Fremdantrag	229
a) Zeitpunkt der Anhörung	229
b) Modalitäten der Anhörung	230
c) Entbehrlichkeit der Anhörung	230
d) Muster: Anhörung des Schuldners zu einem Fremdantrag ohne Aufforderung zur Auskunftserteilung	231
2. Anhörung der übrigen Beteiligten im Falle des § 15 Abs. 2 InsO	231
3. Muster: Anhörung der übrigen Mitglieder des Vertretungsorgans ohne Aufforderung zur Auskunftserteilung	231
V. Prüfung der Begründetheit des Eröffnungsantrags	232
1. Umfang der Prüfungspflicht	232
a) Eröffnungsgrund	232
aa) Allgemeines	232
bb) Eingeräumter Insolvenzgrund	232
cc) Aufklärungsdefizit	232
b) Gläubigerforderung	233
aa) Grundsatz	233
bb) Ausnahme	233
c) Umfang der Masse	234
2. Maßnahmen zur Amtsermittlung	234
a) Anhörung des Schuldners und sonstiger auskunftspflichtiger Personen	234

Inhaltsverzeichnis

	Seite
aa) Auskunft- und Mitwirkungspflicht	234
bb) Schriftliche Auskunft	235
cc) Muster: Aufforderung an Schuldner zur schriftlichen Auskunft	236
dd) Muster: Fragebogen des Insolvenzgerichts	237
ee) Bestimmung eines Anhörungstermins	243
ff) Muster: Terminbestimmung zur Anhörung des Schuldners	244
gg) Zwangsmaßnahmen gegen den Schuldner und sonstige Auskunfts- pflichtige	244
hh) Muster: Vorführungsbefehl	245
ii) Muster: Androhung der Verhaftung	246
jj) Muster: Haftbefehl	246
kk) Anhörung im Wege der Rechtshilfe	246
ll) Muster: Ersuchen um Rechtshilfe	247
b) Auskunft des Gerichtsvollziehers	247
c) Muster: Auskunftersuchen an Gerichtsvollzieher	247
d) Auskunft von Behörden und Gerichten	247
e) Muster: Auskunftersuchen an das Grundbuchamt	248
f) Beauftragung eines Sachverständigen	248
aa) Notwendigkeit und Umfang der Beauftragung	248
bb) Person des Sachverständigen	249
cc) Förmliche Beauftragung des Sachverständigen	250
dd) Muster: Beauftragung eines Sachverständigen	250
ee) Muster: Sachverständigengutachten	252
ff) Auswertung des Gutachtens	274
gg) Vergütung des Sachverständigen	274
VI. Die Schutzschrift im Insolvenzeröffnungsverfahren	275
1. Allgemeines	275
2. Schutzschrift des Schuldners gegen den Antrag eines Gläubigers	276
3. Schutzschrift der Gesellschafter gegen Anträge der Gesellschaft	277
4. Schutzschriften der Gläubiger gegen den Schuldner	277
Kapitel 6. Sicherungsmaßnahmen im Insolvenzeröffnungsverfahren	
I. Vorbemerkungen	280
II. Grundnorm § 21 Abs. 1 InsO	280
1. Prüfung von Amts wegen	280
2. Anordnungsvoraussetzungen	280
3. Anordnung von Amts wegen	281
4. Sicherungszweck	281
5. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	282
6. Einzelne Sicherungsmaßnahmen	282
7. Rechtliches Gehör	283
8. Wirksamwerden der Sicherungsmaßnahmen	284
9. Rechtsbehelfe	285
10. Aufhebung von Sicherungsmaßnahmen	285
a) Voraussetzungen	285
b) Verfahren	286
c) Muster: „isolierte“ Aufhebung eines Verfügungsverbotes	289
III. Die vorläufige Insolvenzverwaltung	289
1. Bedeutung der vorläufigen Insolvenzverwaltung	289
2. Muster: Beschluss zur Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung ohne gesetzlichen Übergang der Verfügungsbefugnis	290
3. Verfahren zur Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung	291
a) Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	291
b) Sachliche Voraussetzungen einer vorläufigen Insolvenzverwaltung	292

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Auswahl der Person des vorläufigen Insolvenzverwalters	292
d) Formeller Rahmen	295
4. Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	295
a) Allgemeines	295
b) Gesetzlicher Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis („starker vorläufiger Insolvenzverwalter“)	295
c) Gerichtliche Bestimmung des Pflichtenkreises („schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter“)	296
d) Beschränkte Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis („halbstarker vorläufiger Insolvenzverwalter“)	296
e) Antrag auf vorläufige Eigenverwaltung/Schutzschirmverfahren (vorläufiger Sachwalter)	297
f) Aufsicht des Insolvenzgerichtes	298
5. Vorläufige Insolvenzverwaltung mit Verfügungsbefugnis	298
a) Gesetzliche Kompetenzzuweisung gemäß § 22 Abs. 1 InsO	298
b) Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	299
c) Sicherungspflicht	300
d) Unternehmensfortführung	301
e) Gutachterauftrag	303
f) Rechnungslegung	304
g) Haftung	304
h) Vergütung	305
6. Vorläufige Insolvenzverwaltung ohne Verfügungsverbot	306
a) Gerichtliche Kompetenzzuweisung gemäß § 22 Abs. 2 InsO	306
b) Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters ohne Verfügungsverbot	307
c) Aufgaben des vorläufigen Insolvenzverwalters ohne Verfügungsbefugnis	307
d) Begründung von Masseverbindlichkeiten	308
e) Haftung	309
f) Rechnungslegungspflicht, Vergütung	309
7. Befugnisse des vorläufigen Insolvenzverwalters im Sinne des § 22 Abs. 3 InsO	309
8. Übersicht: Pflichten des vorläufigen Insolvenzverwalters	312
IV. Weitere Sicherungsmittel	313
1. Beschlagnahme und Siegelung	313
a) Muster: Beschluss zur Anordnung der Beschlagnahme	313
b) Verfahrensfragen	314
c) Muster: Siegelung durch den Gerichtsvollzieher	314
d) Entsiegelung	315
2. Postsperre	315
3. Muster: Postbuch	316
4. Muster: Anordnung der Postsperre/Aufhebung der Postsperre	316
a) Anordnung der Postsperre	316
b) Aufhebung der Postsperre	317
5. Haft und Vorführung	317
a) Vorführung	317
b) Haftbefehl	318
c) Voraussetzungen und Verfahren	318
d) Muster: Haftbefehl zwecks Sicherung der Insolvenzmasse	319
e) Aufhebung des Haftbefehls	320
6. Beschränkung der Zwangsvollstreckung	320
a) Gerichtliche Anordnung	320
b) Muster: Untersagung von Einzelzwangsvollstreckungsmaßnahmen	321
c) Betroffene Gläubiger	322
d) Wirkungen der Anordnung	324
aa) Betroffene Vollstreckungsmaßregeln	324

Inhaltsverzeichnis

	Seite
bb) Zukünftige Vollstreckungsmaßnahmen	325
cc) Kein Aufrechnungsverbot	326
e) Rechtsmittel bei Verstoß gegen eine getroffene Anordnung	326
f) Verhältnis zum Verfügungsverbot	326
g) Einzelne Vollstreckungsmaßnahmen	327
aa) Zwangssicherungshypothek	327
bb) Vermögensauskunft	327
cc) Räumungsvollstreckung	327
dd) Abgabe von Willenserklärungen	328
 Kapitel 7. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts	
I. Allgemeines	329
II. Entscheidung über die Zulässigkeit	329
1. Bejahte Zulässigkeit	329
2. Verneinte Zulässigkeit	329
3. Muster: Zurückweisung eines Fremdantrags	330
III. Entscheidung über die Begründetheit	330
IV. Abweisung mangels Masse	331
1. Voraussetzungen	331
2. Abzudeckende Kosten	331
3. Vorhandenes Vermögen	332
4. Massekostenvorschuss	332
a) Vorschussanforderung	332
aa) Verfahren	332
bb) Höhe des Vorschusses	333
cc) Angesprochener Personenkreis	333
dd) Keine Nachforderungsmöglichkeit	334
b) Muster: Vorschussanforderung bei Fremdantrag	334
c) Behandlung eingegangener Vorschüsse	335
5. Rechtliches Gehör	335
6. Abweisungsbeschluss	336
a) Inhalt	336
b) Muster: Abweisungsbeschluss bei Fremdantrag und angeordnetem Verfügungsverbot	337
c) Bekanntmachung und Rechtsmittel	338
d) Mitteilungspflichten	338
7. Wirkungen der Abweisung mangels Masse	339
a) Beendigung des Verfahrens	339
b) Auflösung von Gesellschaften	339
c) Eintragung im Schuldnerverzeichnis	340
d) Verlust der Berufszulassung	340
e) Sonstige Wirkungen	340
aa) Erneuter Eröffnungsantrag	340
bb) Insolvenzgeld	341
V. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	341
1. Allgemeines	341
2. Eröffnungsbeschluss	341
a) Pflichtinhalt	341
b) Ergänztender Inhalt	344
c) Sonstiger Inhalt	344
aa) Postsperre	344
bb) Vorläufiger Gläubigerausschuss	345
cc) Ankündigung der Restschuldbefreiung	345
d) Muster: Eröffnungsbeschluss	345
e) Muster: Bescheinigung nach § 56 Abs. 2 Satz 1 InsO	347

	Seite
f) Muster: Beschluss nach § 8 Abs. 3 InsO für die Zustellung des Eröffnungsbeschlusses	347
g) Ausführung des Eröffnungsbeschlusses	348
aa) Ausführungsverfügung	348
bb) Zustellung des Beschlusses	348
cc) Veröffentlichung	348
h) Rechtsmittel	348
aa) Beschwerdeberechtigung	348
bb) Beschwerdegründe	349
cc) Beschwerdefrist	350
dd) Verfahren beim Insolvenzgericht	350
ee) Muster: Vorlage an das Beschwerdegericht	350
ff) Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses	351
gg) Muster: Verfügung des Insolvenzgerichts nach Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses durch das Beschwerdegericht	352
3. Eintragung der Verfahrenseröffnung im Grundbuch und in sonstigen öffentlichen Registern	352
a) Eintragungsersuchen	352
b) Muster: Eintragungsersuchen an das Grundbuchamt	353
4. Mitteilungspflichten	354

Teil 3. Das eröffnete Insolvenzverfahren

Kapitel 1. Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens

I. Das Insolvenzgericht	358
1. Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	358
2. Aufgaben des Insolvenzgerichts	358
a) Verfahrensführung und Verfahrensleitung	358
b) Überwachung und Aufsicht des Insolvenzverwalters	359
aa) Allgemeine Überwachungspflicht	359
bb) Androhung und Festsetzung von Zwangsgeld	362
cc) Muster: Schreiben des Gerichts zur Androhung von Zwangsmaßnahmen gegen den Insolvenzverwalter	363
dd) Muster: Beschluss über die Festsetzung von Zwangsgeld gegen den Insolvenzverwalter	363
ee) Entlassung aus dem Amt	365
ff) Muster: Beschluss über die Entlassung des Insolvenzverwalters	368
c) Ersuchen um Registereintragungen	370
d) Berufung und Leitung der Gläubigerversammlung	370
II. Der Insolvenzschnldner	371
1. Wirkungen der Insolvenzeröffnung gegen den Schnldner	371
a) Vermögensrechtliche Wirkungen	371
aa) Verfügungsentziehung nach § 80 InsO	371
bb) Unwirksamkeit von Verfügungen nach § 81 InsO	372
cc) Annahme geschuldeter Leistungen nach § 82 InsO	372
b) Sonstige Wirkungen der Insolvenzeröffnung	373
aa) Berufs- und standesrechtliche Folgen	373
bb) Familien- und nachlassrechtliche Folgen	373
cc) Gesellschaftsrechtliche Folgen	374
dd) Besonderheiten bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	375
2. Pflichten des Schnldners im Insolvenzverfahren	377
a) Allgemeine Auskunftspflicht	377
aa) Auskunftspflichtige Personen	377
bb) Inhalt und Umfang der Auskunftspflicht	378

	Seite
b) Mitwirkungspflicht des Schuldners im Insolvenzverfahren	379
c) Präsenzpflicht des Schuldners	379
3. Zwangsmaßnahmen gegen den Schuldner	379
a) Abnahme einer eidesstattliche Versicherung	379
aa) Voraussetzungen für die Abnahme einer eidesstattlichen Versicherung	379
bb) Muster: Beschluss zur Abnahme der eidesstattliche Versicherung	380
cc) Muster: Ladung des Schuldners zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	381
dd) Muster: Protokoll zur Abnahme der eidesstattliche Versicherung	381
b) Anordnung der Haft des Schuldners	382
c) Postsperre nach § 99 InsO	383
aa) Voraussetzungen der Anordnung	383
bb) Erlass der Postsperre	384
cc) Muster: Beschluss über Anordnung der Postsperre	385
4. Rechte des Schuldners im Insolvenzverfahren	386
a) Allgemeine Rechte auf Verfahrensbeteiligung	386
b) Spezielle Rechte auf Verfahrensgestaltung	387
c) Anhörung des Schuldners vor gerichtlichen Entscheidungen	387
d) Einsichtsrechte des Schuldners	388
5. Unterhaltsgewährung an den Schuldner	388
a) Unterhalt an den Schuldner und seine Familie	388
b) Umfang der Unterhaltsgewährung	389
c) Unterhaltsgewährung durch den vorläufigen Insolvenzverwalter während des Eröffnungsverfahrens	389
d) Vorläufige Unterhaltsgewährung durch den Insolvenzverwalter im eröff- neten Insolvenzverfahren	390
e) Beschlussfassung der Gläubigerversammlung	390
III. Die Stellung der Gläubiger im Insolvenzverfahren	392
1. Verfahrensbezogene Rechtsstellung	392
2. Insolvenzgläubiger nach § 38 InsO	393
a) Persönlicher Vermögensanspruch	393
b) Vermögensanspruch	394
c) Begründeter Vermögensanspruch zur Zeit der Eröffnung	395
3. Nachrangige Insolvenzgläubiger	395
4. Weitere Insolvenzgläubiger	396
a) Nachrückende Insolvenzgläubiger	396
b) Unterhaltsansprüche	396
c) Gesamtschuld	397
d) Wiederkehrende Leistungen	397
5. Aus- und absonderungsberechtigte Gläubiger	397
a) Aussonderungsberechtigte Gläubiger	397
b) Absonderungsberechtigte Gläubiger	398
6. Massegläubiger im Insolvenzverfahren	398
a) Rechtliche Stellung	398
b) Die Kosten des Insolvenzverfahrens nach § 54 InsO	399
aa) Die gerichtlichen Kosten des Insolvenzverfahrens	399
bb) Vergütungen im Insolvenzverfahren	399
7. Sonstige Masseverbindlichkeiten, § 55 InsO	403
a) Masseverbindlichkeiten durch Handlungen des Insolvenzverwalters	404
b) Masseverbindlichkeiten durch Verwaltung, Verwertung und Verteilung der Insolvenzmasse	405
c) Masseverbindlichkeiten durch Unterlassung	406
d) Masseverbindlichkeiten und Altlasten	406
e) Gefährdungshaftungstatbestände	408
f) Öffentliche Lasten	408

	Seite
g) Steuern	408
h) Masseverbindlichkeiten aus gegenseitigen Verträgen	411
i) Masseverbindlichkeiten gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 3 InsO aus ungerechtfertigter Bereicherung	412
j) Sonstige Masseverbindlichkeiten im Sinne § 55 Abs. 2 InsO	412
k) Weitere Masseverbindlichkeiten	413
aa) Sozialplanansprüche	413
bb) Ansprüche wegen Aus- und Absonderungen	414
cc) Kostenerstattungsansprüche	414
dd) Nachlassinsolvenz	414
ee) Schuldnerunterhalt	414
l) Bezahlung aus der Insolvenzmasse	414
aa) Berichtigung der Masseverbindlichkeiten im Falle der Masseunzulänglichkeit	415
bb) Vollstreckungsverbot nach § 90 InsO	415
m) Irrtümliche Anmeldung einer Masseforderung zur Insolvenztabelle	415
n) Rechtsbeziehungen der Massegläubiger zum Schuldner	415
o) Haftung des Verwalters	416
8. Übersicht: Beteiligtenstellung der Gläubiger	415
9. Übersicht: Rechte der Gläubiger im Insolvenzverfahren	417
IV. Rechtsstellung, Befugnisse und Pflichten des Insolvenzverwalters	418
1. Stellung als zentrales Organ der Insolvenzverwaltung	420
a) Zentrale Stellung	420
b) Die Bestellung des Insolvenzverwalters	422
aa) Eignung/Geschäftskundigkeit	425
bb) Unabhängigkeit/Objektivität	426
cc) Übersicht: Bestellung des Insolvenzverwalters nach § 56 InsO	430
dd) Berufungsgrundsätze der Insolvenzverwalter	432
ee) Besonderheiten der Eigenverwaltung	435
c) Rechtsverhältnis des Insolvenzverwalters zu den anderen Verfahrensbeteiligten	435
aa) Rechtsstellung	435
bb) Rechtsverhältnis zum Insolvenzgericht	436
cc) Rechtsbeziehung zu einzelnen Gläubigern	439
dd) Rechtsverhältnis zur Gläubigerversammlung	440
ee) Rechtsverhältnis zum Gläubigerausschuss	442
ff) Rechtsverhältnis zum Schuldner	444
gg) Übersicht: Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzgerichts/Insolvenzverwalters	447
2. Verfahrensbezogene Rechte und Pflichten des Insolvenzverwalters	448
a) Allgemeines	448
b) Aufgaben und Befugnisse in der Zeit zwischen Eröffnung des Insolvenzverfahrens und dem ersten Berichtstermin	448
aa) Inbesitznahme und Verwaltung der Insolvenzmasse	448
bb) Erstellung einer Vermögensübersicht	449
cc) Erstellung eines Gläubigerverzeichnisses	449
dd) Führung der Insolvenztabelle	449
ee) Prüfung und Feststellung der Forderungen	450
ff) Information der Gläubiger	451
gg) Berichtspflicht gegenüber dem Insolvenzgericht	451
hh) Übersicht: Berichtswesen im Insolvenzverfahren	453
ii) Muster: Zwischenbericht an das Insolvenzgericht	454
jj) Muster: Zwischenrechnung	456
kk) Berichtspflicht gegenüber der Gläubigerversammlung	456
ll) Muster: Bericht des Insolvenzverwalters nach § 156 InsO	458

	Seite
mm) Berichtspflicht gegenüber dem Gläubigerausschuss	460
nn) Berichtspflicht gegenüber einzelnen Gläubigern	461
oo) Übersicht: Berichtspflichten	461
c) Fortführung/Schließung/Veräußerung des Unternehmens	461
d) Prüfung und Entscheidung über schwebende Rechtsgeschäfte	463
aa) Wahlrecht nach § 103 InsO	463
bb) Ausübung des Wahlrechtes	466
cc) Aufforderung zur Ausübung des Wahlrechtes	466
dd) Einschränkungen des Wahlrechtes	467
ee) Erfüllungswahl bei teilbaren Leistungen	467
ff) Fortbestehen weiterer Schuldverhältnisse	470
gg) Mietverträge	470
e) Materiell-rechtliche Pflichten aus der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	470
aa) Verwertung der Insolvenzmasse	470
bb) Verwertung von Absonderungsgut	471
cc) Aussonderungsgut	472
dd) Einzug von Forderungen	473
ee) Verfolgung von Ansprüchen gegen Geschäftsführer/Gesellschafter	473
ff) Veräußerung des Firmennamens oder der Marke	473
gg) Aus- und Räumungsverkauf	473
hh) Geschäftsbücher	474
ii) Verteilung des Verwertungserlöses	474
jj) Einzug von Lastschriften	474
kk) Pflichten bei Masseunzulänglichkeit	475
ll) Muster: Anzeige der Masseunzulänglichkeit	475
mm) Schlussrechnung	476
f) Neue Geschäfte für und gegen die Insolvenzmasse	477
aa) Abschluss neuer Rechtsgeschäfte	477
bb) Erfüllungswahl gemäß §§ 103 ff. InsO	477
cc) Oktroyierte Masseverbindlichkeiten	477
dd) Persönliche Haftung	478
ee) Irreführende Werbung	479
g) Arbeits- und sozialrechtliche Pflichten des Insolvenzverwalters	479
h) Hinterlegung von Geld, Wertpapieren und Kostbarkeiten	481
i) Handels- und steuerrechtliche Pflichten	482
aa) Handelsrechtliche Buchführung und Bilanzierungspflichten des Insolvenzverwalters	482
bb) Muster: Beispiel einer Aufteilung eines Kassenbuches	484
cc) Muster: Beispiel einer Aufteilung von Kontenblättern	484
dd) Muster: Beispiel einer Kontenrechnung	484
ee) Die steuerlichen Pflichten des Insolvenzverwalters	485
j) Umwelthaftung des Insolvenzverwalters	486
3. Haftung und Versicherung des Insolvenzverwalters	487
a) Grundtatbestand der Haftung	487
b) Haftung für Masseverbindlichkeiten	488
c) Haftpflichtversicherung des Insolvenzverwalters	489
d) Vergütung des Insolvenzverwalters	489
4. Aufnahme von anhängigen Prozessen durch den Insolvenzverwalter	489
a) Allgemeines	490
b) Allgemeine Folgen der Unterbrechung	490
aa) Unterbrechungswirkung	490
bb) Schuldenmassestreit	491
cc) Verteidigungsprozesse	491
dd) Aufnahmeverfahren	491
ee) Muster: Erklärung der Prozessaufnahme	491

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Der Insolvenzverwalter als Mediator	491
a) Begriff der Mediation	491
b) Vorschriften, die eine mediative Tätigkeit des Insolvenzverwalters unterstützen	492
aa) Verhandlungsleitung durch das Insolvenzgericht	492
bb) Umfassende Information	493
cc) Einberufung der Gläubigerversammlungen durch das Insolvenzgericht	493
dd) Vollstreckungsverbote	493
ee) Auskunft- und Mitwirkungspflichten des Schuldners	493
ff) Sachkompetenz des Insolvenzverwalters	493
gg) Berichtspflichten und Zustimmungsvorbehalte	493
hh) Insolvenzplanverfahren	493
c) Zusammenfassung	494
6. Übersicht: Formelle Rechte und Pflichten des Insolvenzverwalters	495
7. Übersicht: Materielle Rechte und Pflichten des Insolvenzverwalters	496
V. Sonderämter	498
1. Der Sachwalter in der Eigenverwaltung	498
2. Der Treuhänder im Restschuldbefreiungsverfahren und im früheren Verbraucherinsolvenzverfahren	499
3. Der Sonderinsolvenzverwalter	500
a) Rechtsgrundlage	500
b) Rechtsstellung des Sonderinsolvenzverwalters	503
VI. Der Gläubigerausschuss	505
1. Allgemeines	505
2. Arten von Gläubigerausschüssen	506
a) Vorläufiger Gläubigerausschuss gem. § 21 Abs. 2 Nr. 1a i. V. m. § 22a Abs. 1 InsO (Pflichtausschuss)	506
b) Vorläufiger Gläubigerausschuss gem. § 21 Abs. 2 Nr. 1a i. V. m. § 22a InsO (Antragsausschuss)	508
c) Vorläufiger Gläubigerausschuss gem. § 21 Abs. 2 Nr. 1a InsO (amts- wegiger Ausschuss)	509
d) Gläubigerausschuss gem. § 67 InsO (Interimsausschuss)	510
e) Gläubigerausschuss gem. § 68 InsO (endgültiger Gläubigerausschuss)	511
3. Grundsätze der Amtsausübung	512
a) Allgemeines	512
b) Anzahl der Mitglieder, Repräsentationsschema	514
c) Höchstpersönlichkeit Vertretung, Delegation	518
d) Geschäftsordnung	519
e) Muster: Geschäftsordnung des Gläubigerausschusses	521
f) Muster: Merkblatt für die Mitglieder des Gläubigerausschusses	525
g) Beschlussfassung	529
h) Protokollführung	530
i) Muster: Tagesordnung einer Gläubigerausschusssitzung	532
j) Individual- und Kollegialpflichten	532
k) Neutralität und Verschwiegenheit	533
l) Entlassung der Gläubigerausschussmitglieder gem. § 70 InsO	534
m) Haftung und Vermögensschadenhaftpflichtversicherung	538
4. Rechte, Pflichten und Aufgaben der Mitglieder des (vorläufigen) Gläubiger- ausschusses	540
a) Allgemeines	540
b) Beteiligung bei der Bestellung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters gem. § 56a InsO	541
c) Abwahl des vorläufigen Insolvenzverwalters gem. § 56a Abs. 3 InsO	543
d) Unterstützung und Überwachung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters (§ 69 InsO)	544

	Seite
aa) Allgemeines	544
bb) Anwendbarkeit der Business Judgment Rule im Insolvenzverfahren ...	546
cc) Anwendung des Business Judgment Rule	547
dd) Schweigepflicht der Gläubigerausschussmitglieder	549
ee) Informationsanspruch gem. §§ 97 ff. InsO	549
ff) Hinterlegung von Geldern, Verteilung/Kassenprüfung	549
e) Zustimmungsvorbehalte	550
f) Rechte und Pflichten bei Eigenverwaltung gem. §§ 270 ff. InsO	553
aa) Vorschlags- und Abwahlrecht gem. §§ 56, 56a Abs. 2 InsO	553
bb) Anhörungsrecht gem. § 270 Abs. 3 InsO	553
cc) Aufhebung Schutzschirmverfahren gem. § 270b InsO	553
dd) Zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte	554
g) Beteiligung des Gläubigerausschusses im Insolvenzplanverfahren	554
h) Aufsicht des Insolvenzgerichtes	554
i) Unabhängigkeit von Gläubigerversammlung	556
j) Rechtsverhältnis zu den einzelnen Gläubigern und zum Insolvenzschuldner	558
5. Vergütung und Auslagen der Gläubigerausschussmitglieder	558
a) Allgemeines	558
b) Berechnung der Vergütung	559
c) Pauschalvergütung	561
d) Auslagen	561
e) Festsetzung der Vergütung	562
VII. Die Gläubigerversammlung	562
1. Grundlagen	562
a) Einflussmöglichkeiten der Gläubiger	562
b) Begriff	562
c) Teilnahmebefugnis	563
2. Aufgaben und Recht4	563
3. Einberufung von Amts wegen	564
4. Einberufung auf Antrag	566
a) Antragsrecht	566
b) Antragsinhalt	566
c) Entscheidung	567
5. Modalitäten der Einberufung	567
a) Terminbestimmung	567
b) Auswahl des Versammlungsortes	568
aa) Voraussichtlicher Platzbedarf	568
bb) Muster: Bestimmung eines Termins zur Gläubigerversammlung	569
6. Terminsablauf	569
a) Verhandlungsführung	569
b) Muster: Protokoll eines Berichtstermins	570
7. Beschlussfassung	571
a) Beschlussfähigkeit	571
b) Abstimmungsberechtigung	572
c) Abstimmungsmodalitäten	573
d) Berechnung der Mehrheitsverhältnisse	573
8. Beschlusswirkung	574
a) Gerichtliche Bestätigung von Beschlüssen	574
b) Bestandskraft und Verbindlichkeit der Beschlüsse	574
9. Aufhebung eines Beschlusses	576
a) Aufhebungsantrag	576
b) Aufhebungsgründe	576
10. Stimmrechtsentscheidung des Gerichts	577
a) Erfordernis einer Stimmrechtsentscheidung	577
b) Entscheidungskriterien	578

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Wirkungen der Stimmrechtsentscheidung	578
d) Rechtsmittel gegen Stimmrechtsentscheidung	579

Kapitel 2. Die Insolvenzmasse

I. Begriff der Insolvenzmasse	581
II. Umfang der Insolvenzmasse	581
1. Inbesitznahme durch den Verwalter	581
2. Massebestandteile	582
a) Allgemein	582
b) Einzelbeispiele für Massebestandteile	582
3. Insolvenzfrees Vermögen	585
a) Grundsatz	585
b) Arbeitseinkommen und gleichgestellte Bezüge	585
c) Muster: Beschlussfassung zur Ausserachtlassung von Unterhaltsberechtigten (§ 36 Abs. 1 S. 2 i. V. mit § 850c Abs. 4 ZPO)	587
d) Altersvorsorgevermögen	587
e) P-Konto	589
f) Genossenschaftsanteil	591
4. Streit über Massezugehörigkeit	591
5. Freigabe	591
a) Freigabeerklärung	591
b) Wirkung der Freigabe	593
c) Freigabe einer selbstständigen Tätigkeit	593
III. Sicherung und Bewertung der Insolvenzmasse	594
1. Sicherung der Insolvenzmasse	594
a) Muster: Siegelung der Insolvenzmasse	595
b) Entsiegelung	596
c) Muster: Entsiegelung	596
2. Verwahrung von Wertgegenständen	596
3. Verzeichnis der Masse	596
a) Inventarisierung	596
b) Inventar und Bilanz	597
c) Bewertung	598
d) Mustergliederung eines Verzeichnisses	598
e) Niederschrift	599
f) Muster: Niederschrift durch einen Gerichtsvollzieher	600
g) Bewertung von Gegenständen, Inventarisierung und Bewertung	600
aa) Muster: Inventarisierung durch einen Sachverständigen	600
bb) Muster: Bewertungsschema eines Sachverständigen	601
h) Eidesstattliche Versicherung	606
i) Muster: Antrag auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung	606
j) Verzicht auf Inventarisierung	607
k) Fortführung des Masseverzeichnisses	607
4. Gläubigerverzeichnis	607
IV. Einbeziehung von Gläubigerversammlung und Insolvenzgericht	607
1. Bericht des Insolvenzverwalters	607
a) Mustergliederung eines Berichtes nach § 156 InsO	608
b) Vollständigkeitserklärung	608
c) Muster: Vollständigkeitserklärung des Schuldners	609
2. Fortführung des Geschäftsbetriebes	609
a) Entscheidung über die Fortführung	609
b) Haftungsgefahren bei Unternehmensfortführungen	610
3. Verwertung der Insolvenzmasse	611
4. Nutzung von Mobiliarsicherungsgut	612

	Seite
5. Überwachung durch das Insolvenzgericht	612
6. Übersicht: Ablauf des Insolvenzverfahrens	613
Kapitel 3. Die Insolvenzanfechtung	
I. Grundtatbestand	614
1. Sinn und Zweck der Anfechtung	614
2. Rechtsnatur des Anfechtungsanspruchs	614
a) Haftungsrechtlicher Ansatz	614
b) Entstehen	615
c) Erlöschen	616
d) Abtretung	616
3. Gegenstand der Anfechtung	616
4. Prüfungspflicht des Insolvenzverwalters	617
5. Haupttatbestände der Anfechtung	618
II. Tatbestände der Insolvenzanfechtung	618
1. Systematik	618
2. Rechtshandlung	619
a) Begriff	619
b) Maßgeblicher Zeitpunkt	620
3. Handelnder der Rechtshandlung	620
4. Mittelbare Zuwendungen	623
III. Gläubigerbenachteiligung	624
1. Objektive Gläubigerbenachteiligung	624
2. Wirtschaftliche Bewertung	625
3. Sanierungsversuche	625
4. Einzelfälle	627
a) Gläubigerbenachteiligend	627
b) Nicht gläubigerbenachteiligend	627
c) Darlegungs- und Beweislast	628
IV. Unmittelbare und mittelbare Gläubigerbenachteiligung	628
1. Unmittelbare Benachteiligung	629
2. Mittelbare Benachteiligung	629
3. Kein Nachteilsausgleich	630
V. Bargeschäft	630
1. Inhalt	630
2. Bedeutung	632
3. Verrechnung eines Kreditinstitutes	633
VI. Teilanfechtung	634
VII. Anfechtungsgegner	634
VIII. Rechtsfolgen, Verzinsung des Anfechtungsanspruchs	634
IX. Rechtsweg	635
X. Die besondere Insolvenzanfechtung	635
1. Allgemeines	635
2. Anfechtbarkeit eines kongruenten Deckungsgeschäftes gemäß § 130 InsO	636
a) Tatbestand	636
b) Subjektive Tatbestandsvoraussetzungen	638
c) Dreimonatsfrist	638
3. Inkongruente Deckung, § 131 InsO	638
a) Tatbestand	638
b) Inkongruente Erfüllung	639
c) Inkongruenter Umfang der Leistung	640
d) Vorgezogene Befriedigung/Besicherung	640
e) Inkongruente Sicherungen	641
f) Unanfechtbare Sicherheitenbestellung	642
g) Anfechtungszeiträume	643

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Unmittelbar nachteilige Rechtshandlungen	644
a) Tatbestand	644
b) Art der Benachteiligung	645
XI. Die Vorsatzanfechtung	645
1. Allgemeines	645
2. Allgemeine vorsätzliche Benachteiligung	645
3. Vorsatz des Schuldners	647
4. Anfechtung entgeltlicher Verträge mit nahestehenden Personen	649
XII. Schenkungsanfechtung	649
1. Unentgeltlichkeit	649
2. Maßgeblicher Zeitraum	651
XIII. Kapitalerhaltende Anfechtung	651
1. Anfechtung gegenüber Gesellschaftern, § 135 InsO	651
a) Subjektiver Anwendungsbereich/Gesellschafter	652
b) Erfasste Leistungen	653
c) Anfechtungszeitraum/Beweislast	654
2. Einlagen des stillen Gesellschafters	654
3. Übersicht: Anfechtungstatbestände	655
4. Übersicht: Prüfungsreihenfolge zur Anfechtung	656
5. Übersicht: Checkliste zur Anfechtung	657
XIV. Verjährung des Anfechtungsanspruches	660
 Kapitel 4. Aussonderung und Absonderung	
I. Aussonderung	661
1. Allgemeines	661
2. Aussonderungsberechtigte	661
a) Eigentum	661
b) Treuhandverhältnisse	662
c) Sonstige Rechtsverhältnisse	663
3. Ersatzaussonderung	663
II. Absonderung	664
1. Allgemeines	664
2. Abgesonderte Befriedigung aus unbeweglichen Gegenständen	665
a) Betroffene Gegenstände	665
b) Absonderungsrechte	665
c) Verwertungsmodalitäten	665
aa) Verwertung auf Veranlassung des Gläubigers	665
bb) Muster: Einstellungsantrag des Insolvenzverwalters nach § 30d ZVG	667
cc) Verwertung durch den Insolvenzverwalter	667
dd) Muster: Versteigerungsantrag des Insolvenzverwalters	670
3. Abgesonderte Befriedigung aus beweglichen Sachen und Rechten	670
a) Absonderungsrechte	670
b) Verwertungsrecht des Verwalters	671
c) Verwertung durch den Gläubiger	672
d) Muster: Verwertungsanordnung des Gerichts	672
4. Ersatzabsonderung	673
 Kapitel 5. Die Anmeldung der Insolvenzforderungen zum Verfahren	
I. Anmeldepflicht der Insolvenzgläubiger	674
1. Anmeldepflicht und Teilnahme am Insolvenzverfahren	674
2. Anmeldung einzelner Insolvenzforderungen	674
a) Anmeldung nicht nachrangiger Insolvenzforderungen nach § 38 InsO	675
aa) Grundsätze zur Anmeldefähigkeit	675
bb) Gläubigermehrheit an einer Forderung	675
cc) Gesamtschuldnerische Haftung des Schuldners	676

Inhaltsverzeichnis

	Seite
dd) Ausfallhaftung bei Doppelinsolvenz	676
ee) Anmeldefähigkeit betagter Forderungen	677
ff) Anmeldefähigkeit bedingter Forderungen	678
gg) Anmeldung nicht auf Geldzahlung gerichteter Forderungen	678
hh) Anmeldung von Fremdwährungsforderungen	679
ii) Anmeldung öffentlich-rechtlicher Forderungen	679
jj) Anmeldung sogenannter Poolforderungen	681
b) Anmeldung nachrangiger Insolvenzforderungen	682
c) Keine Anmeldefähigkeit von Masseansprüchen	682
II. Das Verfahren der Forderungsanmeldung	682
1. Die Anmeldefrist des § 28 Abs. 1 InsO	682
2. Die Form der Anmeldung	684
a) Erfordernis der Schriftform	684
b) Muster: Formblatt zur Forderungsanmeldung	684
c) Muster: Merkblatt für Insolvenzgläubiger	686
3. Adressat der Anmeldung	688
4. Inhalt und Nachweise zur Forderungsanmeldung	688
a) Hauptsache, Zinsen und Kosten der Insolvenzforderung	688
b) Angabe des Forderungsgrundes	689
c) Angabe abgesonderter Befriedigung	689
d) Anmeldung einer Forderung aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung	690
e) Beifügung von Nachweisen zur Forderungsanmeldung	691
III. Die Behandlung der Forderungsanmeldungen	692
1. Vorprüfung der Forderungsanmeldung	692
a) Offensichtliche Mängel	692
b) Muster: Beschluss zur Zurückweisung einer Forderungsanmeldung	693
2. Anlegung der Insolvenztabelle nach § 175 Abs. 1 Satz 1 InsO	694
a) Allgemeine formale Anforderungen an die Insolvenztabelle	694
b) Muster: Merkblatt zur Anlegung der Insolvenztabelle	695
c) Muster: Insolvenztabellenblatt in Anlehnung an eine Konkurstabelle	698
3. Niederlegung von Anmeldungen und Insolvenztabelle nach § 175 Abs. 1 Satz 2 InsO	698
4. Hinweis an den Schuldner nach § 175 Abs. 2 InsO	700
a) Hinweispflicht des Gerichts an den Schuldner	700
b) Muster: Hinweise an den Schuldner nach § 175 Abs. 2 InsO	700
5. Rücknahme der Forderungsanmeldung	701
IV. Anmeldung nachrangiger Insolvenzforderungen	701
1. Besondere Aufforderung zur Forderungsanmeldung nach § 174 Abs. 3 InsO .	701
a) Praktische Relevanz der Anmeldung nachrangiger Forderungen	701
b) Aufforderung zur Forderungsanmeldung nach § 174 Abs. 3 InsO	702
c) Muster: Beschluss zur Forderungsanmeldung nachrangiger Forderungen .	703
2. Besonderheiten bei der Anmeldung und der Forderungsprüfung	703
Kapitel 6. Forderungsprüfung	
I. Grundlagen	705
II. Allgemeiner Prüfungstermin	705
1. Terminierung	706
2. Zu prüfende Forderungen	706
III. Besonderer Prüfungstermin	706
1. Erfordernis eines besonderen Prüfungstermins	706
2. Bestimmung von Amts wegen	707
a) Voraussetzungen	707
b) Muster: Bestimmung eines besonderen Prüfungstermins	708
3. Verbindung mit dem Schlusstermin	709

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Forderungsfeststellung im Schlusstermin	710
5. Besonderer Prüfungstermin für nachrangige Forderungen	710
IV. Schriftliche Forderungsprüfung	710
1. Voraussetzungen	710
2. Muster: Anordnung einer Forderungsprüfung im schriftlichen Verfahren	711
V. Das Verfahren der Forderungsprüfung	712
1. Prüfungstermin als Gläubigerversammlung	712
2. Muster: Niederschrift über einen besonderen Prüfungstermin samt Ausführungsverfügung	713
3. Ablauf des Prüfungstermins	714
a) Einzelerörterung	714
b) Erhebung von Widersprüchen	714
aa) Begriff	714
bb) Berechtigung	714
cc) Widerspruchserklärung	715
dd) Inhalt des Widerspruchs	716
c) Erfordernis eines Sonderinsolvenzverwalters	716
4. Eintragung des Prüfungsergebnisses in der Tabelle	717
a) Inhalt der Eintragung	717
b) Wirkung der Eintragung	718
c) Berichtigung der Tabelleneintragung	718
d) Muster: Tabellenberichtigung	719
e) Führung der Insolvenztabelle in elektronischer Form	719
5. Mitteilung des Prüfungsergebnisses	720
a) Beschränkung auf bestrittene Forderungen	720
b) Muster: Hinweise für Gläubiger bestrittener Forderungen	720
6. Feststellungsvermerk	721
7. Nachträgliche Widerspruchsbeseitigung	721
a) Widerspruchsrücknahme	721
b) Feststellungsklage	722
c) Titulierte Forderungen	723
d) Tabelleneintrag	724
e) Muster: Berichtigende Tabelleneintragungen	724
8. Rücknahme der Forderungsanmeldung	725
VI. Besonderheiten beim Widerspruch des Schuldners	725
1. Widerspruch gegen die Forderung selbst	725
a) Bedeutung des Bestreitens des Schuldners	725
b) Verfolgung des Widerspruchs gegen den Schuldner	726
c) Muster: Mitteilung an den Schuldner nach § 184 Abs. 2 InsO	727
d) Berichtigung der Insolvenztabelle	727
2. Widerspruch gegen die Forderung aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung	728

Kapitel 7. Die Beendigung des Insolvenzverfahrens

I. Allgemeines	730
II. Abschlagsverteilung	730
1. Begriff	730
2. Verteilungsverzeichnis	731
a) Bedeutung	731
b) Aufzunehmende Insolvenzgläubiger	731
c) Nicht aufzunehmende Forderungen	732
d) Prüfung durch das Gericht	732
e) Erhebung von Einwendungen	732

	Seite
3. Veröffentlichung	733
a) Voraussetzung und Wirkung	733
b) Muster: Veröffentlichung der Abschlagsverteilung	734
4. Durchführung der Abschlagsverteilung	734
III. Die Schlussverteilung	735
1. Die allgemeinen Voraussetzungen der Schlussverteilung	735
a) Verwertung der Insolvenzmasse	735
b) Beteiligung des Gläubigerausschusses und des Insolvenzgerichts	735
2. Vorlage von Schlussrechnung, Schlussbericht und Schlussverzeichnis	736
a) Die allgemeine Rechnungslegungspflicht des Insolvenzverwalters	736
b) Form und Inhalt der Schlussrechnung und des Schlussberichts	738
c) Prüfungspflicht des Gläubigerausschusses	740
d) Vorlage des Schlussverzeichnisses	740
e) Muster: Schlussrechnung, Schlussbericht und Schlussverzeichnis des In-	
solvenzverwalters	742
f) Prüfungsrecht und Prüfungspflicht des Insolvenzgerichts	763
aa) Umfang der gerichtlichen Prüfung	763
bb) Muster: Checkliste zur Prüfung der Schlussrechnung und des Schluss-	
berichts	764
cc) Beauftragung eines Sachverständigen	766
dd) Muster: Beschluss zur Beauftragung eines Sachverständigen	770
g) Genehmigung der Schlussverteilung und Anberaumung des Schlusster-	
mins	771
h) Muster: Prüfungsvermerk des Insolvenzgerichts	772
i) Muster: Genehmigung der Schlussverteilung und Anberaumung des	
Schlusstermins	772
j) Öffentliche Bekanntmachung der Schlussverteilung	773
aa) Bekanntmachung durch den Insolvenzverwalter	773
bb) Muster: Öffentliche Bekanntmachung der Schlussverteilung und des	
Schlusstermins	773
3. Die Abhaltung des Schlusstermins	774
a) Notwendigkeit eines Schlusstermins in den einzelnen Verfahrensarten	774
b) Einberufung durch das Insolvenzgericht	774
c) Tagesordnungspunkte des Schlusstermins	775
aa) Erörterung der Schlussrechnung des Insolvenzverwalters	775
bb) Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis	776
cc) Beschlussfassung über nicht verwertbare Gegenstände	777
dd) Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen	778
ee) Anhörung zur Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	778
c) Muster: Protokoll eines Schlusstermins	778
4. Vornahme der Schlussverteilung	780
a) Vornahme durch den Insolvenzverwalter	780
b) Hinterlegung von Anteilen	781
c) Prüfung der Verteilung durch das Insolvenzgericht	782
d) Muster: Verteilungsbericht und Verteilungsrechnung des Insolvenz-	
verwalters	782
5. Aufhebung des Insolvenzverfahrens	786
a) Zeitpunkt der Aufhebung	786
b) Beschlussfassung des Gerichts und öffentliche Bekanntmachung	786
c) Rückgabe und Aufbewahrung der Geschäftsbücher des Schuldners	786
d) Muster: Beschluss über Aufhebung des Insolvenzverfahrens mit	
Ausführungsverfügung	787
IV. Die Nachtragsverteilung	788
1. Die Voraussetzungen der Nachtragsverteilung	788
a) Zeitpunkt der Anordnung der Nachtragsverteilung	788

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Voraussetzungen einer Nachtragsverteilung nach § 203 Abs. 1 InsO	788
aa) Freiwerden zurückbehaltener Anteile	788
bb) Rückfluss gezahlter Beträge	789
cc) Ermittlung von Massegegenständen	789
2. Entscheidung über die Nachtragsverteilung	790
a) Entscheidung des Insolvenzgerichts	790
b) Absehen von der Anordnung nach § 203 Abs. 3 InsO	791
c) Muster: Beschluss über Anordnung der Nachtragsverteilung	791
3. Vollzug der Nachtragsverteilung	792
a) Vollzug durch den Insolvenzverwalter nach § 205 InsO	792
b) Rechnungslegung gegenüber dem Insolvenzgericht	792

Kapitel 8. Einstellung des Verfahrens

I. Allgemeines	793
II. Einstellung mangels Masse	793
1. Voraussetzungen	793
2. Verfahren	794
a) Anregung des Insolvenzverwalters	794
b) Behandlung der Massegläubiger	795
c) Muster: Ankündigung der Verfahrenseinstellung gegenüber den Masse- gläubigern	795
d) Einberufung einer Gläubigerversammlung	796
e) Muster: Terminbestimmung vor Verfahrenseinstellung mangels Masse	796
f) Muster: Niederschrift über die Gläubigerversammlung	797
g) Wirkungen des Einstellungsverfahrens	798
3. Einstellungsbeschluss	798
a) Voraussetzungen	798
b) Bekanntmachung und Rechtsmittel	799
c) Muster: Einstellungsbeschluss	799
4. Wirkungen der Einstellung mangels Masse	800
III. Einstellung auf Grund Masseunzulänglichkeit	801
1. Begriff der Masseunzulänglichkeit	801
2. Anzeige der Masseunzulänglichkeit	801
a) Prüfungspflicht des Verwalters	801
b) Muster: Anzeige der Masseunzulänglichkeit durch den Verwalter	802
c) Rückkehr zum normalen Verfahren	802
3. Wirkungen der angezeigten Masseunzulänglichkeit	803
a) Haftung des Verwalters	803
b) Rechte der Altmassegläubiger	803
c) Mehrfache Anzeige	803
4. Bekanntmachung der angezeigte Masseunzulänglichkeit	804
a) Bedeutung der Bekanntmachung	805
b) Muster: Veröffentlichung der Anzeige der Masseunzulänglichkeit	805
c) Muster: Zustellung der Masseunzulänglichkeitsanzeige an die Masse- gläubiger	806
5. Fortführung des Verfahrens	806
a) Aufgaben des Verwalters	806
b) Aufgaben des Gerichts	807
6. Verfahrensabschluss	807
a) Schlussbericht und Verteilungsverzeichnis	807
b) Vergütungsfestsetzung	808
c) Abschließende Gläubigerversammlung	808
d) Muster: Terminbestimmung zur abschließenden Gläubigerversammlung ...	808

Inhaltsverzeichnis

	Seite
e) Begleichung der Masseverbindlichkeiten	809
f) Einstellungsbeschluss	809
g) Muster: Einstellungsbeschluss bei Masseunzulänglichkeit	810
h) Rechte der Massegläubiger nach Verfahrenseinstellung	811
aa) Nachtragsverteilung	811
bb) Zahlungen in der Wohlverhaltensphase	811
cc) Inanspruchnahme des Schuldners	812
IV. Einstellung wegen Wegfalls des Eröffnungsgrunds	812
1. Antrag des Schuldners	812
a) Antragsberechtigung	812
b) Antragsinhalt	813
2. Veröffentlichung des Antrags	813
3. Widerspruchsmöglichkeit	814
a) Widerspruchsfrist	814
b) Widerspruchsberechtigung	814
c) Widerspruchserhebung	814
4. Weiteres gerichtliches Verfahren	814
a) Anhörung der Beteiligten	814
b) Ermittlung von Amts wegen	814
c) Forderungsprüfung	815
d) Befriedigung der Masseansprüche	815
e) Festsetzung der Verwaltervergütung	815
f) Abschließende Gläubigerversammlung	815
5. Beschlussfassung	815
a) Ablehnung des Einstellungsantrags	815
b) Einstellungsbeschluss	816
c) Muster: Einstellungsbeschluss nach § 212 InsO	816
V. Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger	817
1. Antrag des Schuldners	817
2. Zustimmung der Gläubiger	817
a) Einstellungsantrag nach Ablauf der Anmeldefrist	817
b) Einstellungsantrag vor Ablauf der Anmeldefrist	818
3. Gerichtliches Verfahren	818
a) Veröffentlichung des Einstellungsantrags	818
b) Entgegennahme von Widersprüchen	818
c) Anhörung	819
d) Abschließende Tätigkeiten des Verwalters	819
e) Abschließende Gläubigerversammlung	819
f) Einstellungsbeschluss	819
g) Muster: Einstellungsbeschluss gemäß § 213 InsO	820

Kapitel 9. Erteilung vollstreckbarer Tabellenauszüge

I. Vollstreckung nach Verfahrensbeendigung	821
II. Vereinfachter Titelerwerb	821
1. Antrag des Gläubigers	821
a) Zeitpunkt des Antrags	821
b) Antragsberechtigung	822
c) Vorlage eines erworbenen Titels	822
d) Widerspruch des Schuldners	822
2. Gerichtliches Verfahren	823
a) Einfache Vollstreckungsklausel	823
b) Vermerk der Feststellung	823
c) Rechtsnachfolgeklausel	824
d) Ausfallforderungen	824

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Zwangsvollstreckung aus dem Insolvenzplan	824
1. Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner	824
2. Zwangsvollstreckung gegen Dritte	826
Kapitel 10. Die Register- und Aktenführung	
I. Rechtsgrundlagen	828
II. Allgemeine Regelungen zur Aktenführung	828
1. Aktenregister und Namensverzeichnis	828
2. Bildung der Akten	829
3. Aktenversendung	830
4. Weglegung der Akten	830
III. Registerführung in Insolvenzsachen	831
1. Bildung des Aktenzeichens	831
2. Zusammensetzung der Insolvenzakte	832
IV. Aufbewahrung und Vernichtung der Akten	833
1. Aufbewahrung der Insolvenzakten	833
a) Allgemeine Aufbewahrungsfristen	833
b) Aufbewahrung von Schriftstücken mit vollstreckbarem Inhalt	834
c) Aufbewahrung bei Insolvenzplan	834
2. Aufbewahrung sonstiger Schriftstücke und Sonderakten	835
Kapitel 11. Die Insolvenzstatistik	
I. Bedeutung der Insolvenzstatistik	836
II. Rechtsgrundlagen	837
III. Systematik der Meldepflichten	837
IV. Adressat der Meldungen und Meldefristen	838
1. Adressat der Meldungen und elektronische Übermittlung	838
2. Meldefristen	839
V. Inhalt der Meldungen	839
1. Eröffnung oder Abweisung mangels Masse	839
2. Annahme eines Schuldenbereinigungsplans	840
3. Verfahrensbeendigung	840
4. Restschuldbefreiungsverfahren	840
5. Erhebungsbögen zur Insolvenzstatistik	841

Teil 4. Das Insolvenzplanverfahren und die Eigenverwaltung

Kapitel 1. Das Insolvenzplanverfahren	
I. Einleitung	846
1. Grundlagen des Insolvenzplanverfahrens	846
2. Relevanz in der Praxis	848
II. Vorschriften zur Aufstellung des Insolvenzplanes	849
1. Grundsatz	849
2. Abweichung von den Regelungen der Insolvenzordnung	850
a) Disponible Vorschriften	850
b) Indisponible Vorschriften	852
3. Rechtscharakter des Insolvenzplanes	852
4. Initiativbefugnis des Schuldners	853
5. Vorlage des Insolvenzplanes durch den Insolvenzverwalter	854
III. Struktur und Inhalt des Insolvenzplanes	854
1. Darstellender Teil	855
2. Gestaltender Teil	856
3. Bildung von Gruppen	857
4. Mustergliederung eines Insolvenzplanes	859

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Vorprüfung des Insolvenzplanes und Stellungnahmen	860
1. Vorprüfung durch das Insolvenzgericht	860
a) Inhalt und Umfang der Vorprüfung	861
aa) Prüfung der Erfolgsaussichten	861
bb) Prüfung der vorgeschriebenen Beteiligung	862
cc) Gliederung des Insolvenzplanes	862
dd) Zusätzliche Prüfung beim Schuldnerplan	862
ee) Zurückweisung eines Planes	863
ff) Muster: Beschluss über die Zurückweisung eines Insolvenzplans	863
b) Aussetzung der Verwertung	863
2. Stellungnahmen zum Insolvenzplan	864
a) Anzuhörende Personen und Stellen	864
b) Muster: Anschreiben zur Stellungnahme zum Insolvenzplan	864
c) Muster: Terminsbestimmung und Ladung zum Erörterungs- und Abstimmungstermin	865
V. Annahme und Bestätigung des Insolvenzplanes	866
1. Erörterungs- und Abstimmungstermin	866
2. Abstimmung	868
3. Gesonderter Abstimmungstermin	868
4. Abstimmung über den Insolvenzplan	868
5. Erforderliche Mehrheiten	869
6. Ersetzungsbefugnis/Obstruktionsverbot	870
7. Verlauf des Verfahrens	871
a) Terminsprotokoll und Entscheidung des Gerichts	871
b) Muster: Protokoll eines Erörterungs- und Abstimmungstermins	871
8. Zustimmung der nachrangigen Insolvenzgläubiger nach § 246 InsO	873
9. Zustimmung des Schuldners	873
10. Gerichtliche Bestätigung	874
a) Entscheidungsvoraussetzungen für das Gericht	874
b) Muster: Beschluss über Bestätigung des Insolvenzplans	875
11. Minderheitenschutz	876
12. Rechtsmittel	878
a) Rechtsgrundlage	878
b) Zulässigkeit der sofortigen Beschwerde	878
c) Wesentliche Schlechterstellung	879
d) Freigabeverfahren	879
VI. Wirkung des bestätigten Planes, Überwachung der Planerfüllung	880
1. Allgemeine Wirkungen	880
2. Wiederauflebensklausel	881
3. Befriedigung der Gläubiger aus Erträgen eines weitergeführten Unternehmens	881
4. Aufhebung des Insolvenzverfahrens	882
VII. Praktische Hinweise	882
1. Öffnungsklauseln	882
2. Salvatorische Klausel	883
3. Muster: Insolvenzplan	883
a) Darstellender und Gestaltender Teil des Insolvenzplans	883
b) Vergleichsberechnung zur Gläubigerbefriedigung	897
4. Muster: Zusammenfassung des wesentlichen Inhaltes des Insolvenzplanes	898
Kapitel 2. Das Verfahren der Eigenverwaltung	
I. Einleitung	899
1. Struktur der Eigenverwaltung	899
2. Die Anordnung der Eigenverwaltung	901
a) Antragstellung	901
b) Rücknahme des Antrags	901

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Vorläufige Eigenverwaltung	901
d) Keine Benachteiligung	902
e) Anordnungsbeschluss	903
3. Anordnung der Eigenverwaltung aufgrund Beschlusses der Gläubiger- versammlung	904
4. Aufhebung der Eigenverwaltung	904
II. Rechtsstellung des Schuldners im Verfahren der Eigenverwaltung	905
1. Allgemeines	905
2. Befugnisse und Pflichten des eigenverwaltenden Schuldners	905
3. Mittel zur Lebensführung	906
4. Behandlung gegenseitiger Verträge	906
5. Insolvenzspezifische Aufgaben des Schuldners	907
6. Stellung des Sachwalters	907
7. Gläubigerautonomie in Eigenverwaltung	908
8. Befriedigung der Insolvenzgläubiger	908
9. Bedeutung der Eigenverwaltung in internationalen Fällen	908
10. Muster: Antrag auf Anordnung der Eigenverwaltung	909
11. Muster: Beschluss zur Anordnung der Eigenverwaltung	909
III. Die Eigenverwaltung im Eröffnungsverfahren (§ 270a InsO)	910
1. Sinn und Zweck der vorläufigen Eigenverwaltung	910
2. Antragstellung durch den Schuldner	911
3. Erfolgsaussichten eines späteren Eigenverwaltungsantrags	912
4. Rechtsfolgen der Anordnung des Insolvenzgerichts	912
a) Keine Anordnung eines Verfügungsverbots	912
b) Bestellung eines vorläufigen Sachwalters	912
c) Kompetenzen des Schuldners	913
d) Sonstige Sicherungsmaßnahmen	914
5. Rücknahme des Eröffnungsantrags	914
6. Muster: Antrag auf Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung	915
7. Muster: Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung	915
IV. Das Schutzschirmverfahren (§ 270b InsO)	916
1. Sinn und Zweck des Schutzschirmverfahrens	917
2. Antragstellung durch den Schuldner	917
3. Angestrebte Sanierung des Schuldners	918
a) Erfolgsaussichten der Sanierung	918
b) Bescheinigung durch einen unabhängigen Gutachter	918
4. Rechtsfolgen der Anordnung des Insolvenzgerichts	919
a) Frist zur Vorlage eines Insolvenzplans	919
b) Bestellung eines vorläufigen Sachwalters	920
c) Anordnung vorläufiger Maßnahmen	921
d) Kompetenzen des Schuldners	922
5. Aufhebung des Schutzschirmverfahrens	922
a) Reguläre Beendigung	923
b) Vorzeitige Beendigung	923
6. Muster: Antrag auf Einleitung des Schutzschirmverfahrens	923
7. Muster: Anordnung des Schutzschirmverfahrens	924

Teil 5. Das Verfahren zur Erteilung der Restschuldbefreiung

Kapitel 1. Grundlagen der Restschuldbefreiung

I. Rechtliche und Wirtschaftliche Ausgangssituation	929
1. Das freie Nachforderungsrecht der Gläubiger	929
2. Die wirtschaftliche Überschuldungssituation privater Haushalte	929
II. Grundüberlegungen zur Restschuldbefreiung	930
1. Der gesetzliche Standort der Restschuldbefreiung	930

	Seite
a) Die Restschuldbefreiung in Folge des Insolvenzverfahrens	930
aa) Die Restschuldbefreiung als Teil des Insolvenzrechts	930
bb) Die Verfassungsmäßigkeit der Restschuldbefreiung	930
b) Die Restschuldbefreiung im Rechtsvergleich	931
2. Die Reform des Restschuldbefreiungsverfahrens mit Wirkung zum 1.7.2014 ..	933
Kapitel 2. Das Verfahren der Restschuldbefreiung	
I. Überblick zum Verfahrensablauf	936
1. Die Mehrstufigkeit des Verfahrens	936
a) Grundüberlegungen zum Verfahren	936
b) Der Verfahrensablauf im Überblick	936
2. Die funktionelle Zuständigkeit im Restschuldbefreiungsverfahren	938
II. Allgemeine Zugangsvoraussetzungen	938
1. Der zur Restschuldbefreiung zugelassene Personenkreis	938
a) Der Schuldner als natürliche Person	938
b) Gesellschafter juristischer Personen und Personengesellschaften	939
c) Tod des Schuldners während des Verfahrens	940
2. Das Erfordernis eines Insolvenzverfahrens	940
a) Durchführung eines Regel- oder Verbraucherinsolvenzverfahrens	940
b) Durchführung des Insolvenzverfahrens	942
aa) Beendigung durch Schlussverteilung	942
bb) Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit	942
cc) Einstellung mangels Masse	942
dd) Sonstige Fälle der Einstellung des Insolvenzverfahrens	942
ee) Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach Bestätigung eines Insol- venzplans	943
III. Der Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung	943
1. Der Antrag des Schuldners als Verfahrenserfordernis	943
2. Zeitpunkt der Antragstellung	944
a) Antragstellung mit dem Insolvenzantrag	944
b) Hinweis des Gerichts auf Antragstellung	944
c) Muster: Hinweis des Gerichts nach § 20 Abs. 2 InsO	945
3. Abtretung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens	946
a) Die Abtretungserklärung als Verfahrenserfordernis	946
b) Die materiellrechtlichen Wirkungen der Abtretung	948
c) Angaben früherer Abtretungen oder Verpfändungen	948
d) Dauer der Abtretung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens	949
aa) Überblick	949
bb) Die Wohlverhaltensphase von fünf Jahren nach Art. 107 EGIInsO	950
cc) Die Wohlverhaltensphase von sieben Jahren nach Art. 103a EGInsO	950
dd) Die Abtretungsfrist von sechs Jahren nach § 287 Abs. 2 InsO	951
4. Vorschlag eines geeigneten Treuhänders	952
5. Muster: Antrag auf Restschuldbefreiung mit Abtretungserklärung	952
IV. Die Eingangsentscheidung zur Restschuldbefreiung	953
1. Systematische Einordnung der Entscheidung	953
2. Zulässigkeit und Begründetheit des Restschuldbefreiungsantrags	954
a) Überblick	954
b) Allgemeine Zulässigkeit des Insolvenzantrags und des Restschuldbefrei- ungsantrags	954
c) Muster: Beschluss über Verwerfung eines Restschuldbefreiungsantrags	955
3. Sperrfristen nach § 287a Abs. 2 InsO	956
a) Die Sperrfristen des § 287a Abs. 2 InsO im Überblick	956
b) Erteilung der Restschuldbefreiung innerhalb der letzten zehn Jahre	957
c) Versagung der Restschuldbefreiung innerhalb der letzten fünf Jahre	958

Inhaltsverzeichnis

	Seite
d) Versagung der Restschuldbefreiung innerhalb der letzten drei Jahre	958
e) Anheimstellung der Antragsrücknahme	959
aa) Gelegenheit zur Antragsrücknahme	959
bb) Muster: Anhörung des Schuldners bei Vorliegen eines Sperrgrundes ...	960
f) Die Sperrfristenrechtsprechung des Bundesgerichtshofs	960
g) Vergleichende Übersichten	961
4. Zurückweisung des Antrags auf Restschuldbefreiung	963
a) Verfahrenshinweise	963
b) Muster: Beschluss zur Zurückweisung des Antrags auf Restschuldbefreiung	964
5. Zulassung des Schuldners zur Restschuldbefreiung	964
a) Verfahrenshinweise	964
b) Muster: Eingangsentscheidung nach § 287a Abs. 1 InsO	965
V. Die Entscheidung zur Restschuldbefreiung nach dem Schlusstermin	965
1. Entscheidung des Gerichts nach dem Schlusstermin	965
a) Bedeutung des Schlusstermins	965
b) Anhörung der Beteiligten	966
2. Antrag auf Versagung der Restschuldbefreiung	966
a) Antragsrecht eines Insolvenzgläubigers	966
b) Zeitpunkt der Antragstellung	967
3. Gründe einer Versagung der Restschuldbefreiung	969
a) Grundsätze zu den Versagungsstatbeständen des § 290 InsO	969
b) Die Versagungsstatbestände im Einzelnen	970
4. Glaubhaftmachung des Versagungsgrundes	977
5. Entscheidung des Gerichts	978
a) Antragszurückweisung oder Versagung der Restschuldbefreiung	978
b) Bestellung eines Treuhänders	979
c) Rechtsmittel und Bekanntgabe der Entscheidung	979
d) Muster: Beschluss über Zurückweisung eines Versagungsantrags	980
e) Muster: Beschluss über Versagung der Restschuldbefreiung	981
VI. Die Wohlverhaltensphase	982
1. Die Aufgaben des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase	982
a) Einziehung des Arbeitseinkommens nach § 292 Abs. 1 InsO	982
b) Verteilung eingenommener Beträge an die Insolvenzgläubiger	983
c) Umfang der Abtretung nach § 850c ZPO und Anwendung des § 850 f ZPO	987
aa) Umfang des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens des Schuldners	987
bb) Anwendung der Regelungen zum Schuldnerschutz nach §§ 850 ff. ZPO	987
cc) Zuständigkeit des Insolvenzgerichts und Verfahrensfragen	988
dd) Muster: Beschluss über Erhöhung des unpfändbaren Betrages	989
d) Überwachung des Schuldners nach § 292 Abs. 2 InsO	990
2. Die Rechtsstellung des Treuhänders	990
a) Bestellung durch das Insolvenzgericht	990
b) Rechnungslegungspflicht und Aufsicht des Gerichts	991
c) Die Vergütung des Treuhänders	991
3. Die Stellung der Insolvenzgläubiger	991
a) Allgemeine Rechtsstellung während der Wohlverhaltensphase	991
b) Die Beschränkungen des § 294 InsO	991
4. Die Obliegenheiten des Schuldners nach § 295 InsO	993
a) Allgemeiner Regelungsgehalt der Norm	993
b) Verpflichtung zu angemessener Erwerbstätigkeit	994
c) Verpflichtung zur Abgabe Nachlassrechtlichen Vermögenserwerbs	997
d) Meldepflichten gegenüber dem Treuhänder	998
e) Verbot von Sonderzahlungen an die Gläubiger	998

	Seite
5. Versagung der Restschuldbefreiung während der Wohlverhaltensphase	998
a) Obliegenheitsverletzung des Schuldners nach § 296 InsO	998
aa) Antrag eines Insolvenzgläubigers	998
bb) Auskunftspflicht des Schuldners	999
cc) Entscheidung des Gerichts	1000
dd) Muster: Anhörung und Belehrung des Schuldners nach § 296 Abs. 2 InsO	1001
ee) Muster: Ladung des Schuldners zu besonderem Anhörungstermin	1001
ff) Muster: Beschluss über Versagung der Restschuldbefreiung nach § 296 InsO	1002
b) Insolvenzstraftat nach § 297 InsO	1003
aa) Tatbestand des Versagungsgrundes	1003
bb) Antrag eines Insolvenzgläubigers	1004
cc) Entscheidung des Gerichts	1004
c) Fehlende Deckung der Mindestvergütung des Treuhänders nach § 298 InsO	1004
aa) Tatbestand der Norm	1004
bb) Entscheidung des Gerichts	1005
cc) Muster: Anhörung des Schuldners durch das Gericht	1005
dd) Muster: Beschluss über Versagung der Restschuldbefreiung wegen nicht gedeckter Mindestvergütung	1006
d) Allgemeine Folgen der Versagung der Restschuldbefreiung	1007
VII. Die Erteilung der Restschuldbefreiung	1008
1. Überblick	1008
2. Erteilung der Restschuldbefreiung nach Ablauf der Abtretungsfrist	1009
a) Ablauf der Abtretungsfrist	1009
b) Anhörung der Beteiligten	1009
c) Entscheidung des Gerichts	1009
d) Muster: Beschluss über Erteilung der Restschuldbefreiung	1010
3. Erteilung der Restschuldbefreiung im noch laufenden Insolvenzverfahren	1010
a) Voraussetzungen	1010
b) Entscheidung	1011
c) Wirkungen auf das noch laufende Insolvenzverfahren	1011
4. Erteilung der Restschuldbefreiung bei Fehlen von Insolvenzgläubigern oder vollständiger Befriedigung	1011
a) Tatbestände des § 300 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 InsO	1011
aa) Fehlende Forderungsanmeldung	1011
bb) Vollständige Gläubigerbefriedigung	1012
b) Verfahren der Erteilung	1012
5. Erteilung der Restschuldbefreiung nach drei Jahren und 35 Prozent Gläubi- gerbefriedigung	1013
a) Voraussetzungen des § 300 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 InsO	1013
b) Verfahren der Erteilung	1014
c) Muster: Beschluss über den Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung nach drei Jahren mit gleichzeitiger Versagung	1014
6. Erteilung der Restschuldbefreiung nach fünf Jahren und Deckung der Kos- ten	1016
a) Voraussetzungen des § 300 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 InsO	1016
b) Verfahren der Erteilung	1016
7. Wirkungen der Restschuldbefreiung	1016
a) Umwandlung der Insolvenzforderungen	1016
b) Rechte gegenüber Mitschuldnern und Bürgen	1017
c) Von der Restschuldbefreiung ausgenommene Forderungen	1017
3. Widerruf der Restschuldbefreiung nach § 303 InsO	1019
a) Voraussetzungen des Widerrufs	1019
b) Entscheidung des Gerichts	1019

Teil 6. Verbraucherinsolvenz

Kapitel 1. Grundlagen des Verbraucherinsolvenzverfahrens

I. Abgrenzung zum Regelinsolvenzverfahren	1022
1. Voraussetzung für die Restschuldbefreiung	1022
2. Verfahrensgrundsätze	1022
II. Einbezogener Personenkreis	1023
III. Übersicht: Verfahrensablauf	1025

Kapitel 2. Eröffnungsantrag

I. Eröffnungsantrag des Schuldners	1026
1. Antragsinhalt	1026
a) Bestimmung der Verfahrensart	1026
b) Formularangaben	1026
c) Antrag auf Kostenstundung	1026
2. Beizufügende Nachweise und Unterlagen	1027
a) Bescheinigung über die außergerichtliche Schuldenregulierung	1027
b) Erklärung zur Restschuldbefreiung	1028
c) Verzeichnisse und Vermögensübersicht	1028
d) Schuldenbereinigungsplan	1029
e) Formularzwang	1030
f) Vertretung des Schuldners	1030
3. Antragsmängel	1030
a) Rücknahmefiktion	1030
b) Muster: Gerichtliche Aufforderung zur Mängelbeseitigung	1031
c) Muster: Gerichtliche Feststellung der Antragsrücknahme	1031
II. Eröffnungsantrag eines Gläubigers	1032
1. Antragsinhalt	1032
2. Nachträglicher Eigenantrag	1032
a) Belehrung des Schuldners	1032
b) Antragsinhalt	1033
c) Folgen	1033

Kapitel 3. Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren

I. Voraussetzungen	1034
1. Ermessensentscheidung des Insolvenzgerichts	1034
2. Muster: Anhörung des Schuldners vor Anordnung der Verfahrensfortsetzung	1035
3. Muster: Anordnung der Verfahrensfortsetzung	1036
II. Ruhen des Eröffnungsverfahrens	1036
1. Gerichtliche Feststellung	1036
2. Muster: Unterrichtung des Gläubigers über das Ruhen des Verfahrens	1037
3. Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	1037
4. Einforderung von Abschriften	1037
5. Muster: Anforderung von Abschriften des Schuldenbereinigungsplans und der Vermögensübersicht	1037
III. Zustellung des Schuldenbereinigungsplans	1038
1. Umfang der Zustellung	1038
2. Modalitäten der Zustellung	1038
3. Muster: Begleitschreiben zur Zustellung des Schuldenbereinigungsplans	1039
4. Muster: „Stimmzettel“	1040
IV. Gläubigerreaktionen	1040
V. Änderung des Schuldenbereinigungsplans	1041
1. Einmalige Ergänzungsmöglichkeit	1041
2. Erneute Zustellung	1041
3. Muster: Übermittlung der Gläubigerreaktionen an den Schuldner	1042

	Seite
VI. Zustimmungsersetzung	1042
1. Antragserfordernis	1042
2. Erforderliche Mehrheiten	1043
3. Entgegenstehende Einwendungen	1044
a) Prüfung nur bei Geltendmachung	1044
b) Unangemessene Beteiligung	1044
c) Wirtschaftliche Verschlechterung	1045
4. Verfahren	1046
5. Muster: Anhörung des Gläubigers zum Ersetzungsantrag des Schuldners	1047
6. Muster: Beschlussfassung über einen Antrag auf Zustimmungsersetzung	1047
VII. Planannahme	1048
1. Gerichtliche Feststellung	1048
2. Vollstreckbare Ausfertigung	1048
3. Muster: Feststellungsbeschluss	1049
4. Wirkungen der Planannahme	1049

Kapitel 4. Eröffnetes Verbraucherinsolvenzverfahren

Teil 7. Besonderheiten der Nachlassinsolvenz

Kapitel 1. Das System nachlassrechtlicher Haftungsbeschränkung

I. Die Erbenhaftung im Bürgerlichen Recht	1054
1. Der Grundsatz der unbeschränkten Erbenhaftung	1054
2. Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung	1055
a) Die Inventarerrichtung nach §§ 1993 ff. BGB	1055
b) Das Aufgebotsverfahren nach §§ 1970 ff. BGB	1056
c) Die Nachlassverwaltung nach §§ 1981 ff. BGB	1056
d) Die Dürftigkeitseinrede nach §§ 1990 ff. BGB	1056
II. Standort und Bedeutung der Nachlassinsolvenz	1057
1. Die Haftungsbeschränkung aus § 1975 BGB	1057
2. Zivilprozessuale Wirkung der Haftungsbeschränkung	1058

Kapitel 2. Besonderheiten des Nachlassinsolvenzverfahrens

I. Allgemeine Verfahrensgrundsätze	1059
1. Die Beteiligten im Nachlassinsolvenzverfahren	1059
a) Die Stellung des Erben oder der Erben des Erblassers	1059
aa) Der Erbe als Schuldner des Verfahrens	1059
bb) Besonderheiten bei Vor- und Nacherbfolge	1060
cc) Fortbestehen einer Nachlasspflegschaft	1060
dd) Beendigung der Nachlassverwaltung	1061
ee) Nachlassinsolvenz und Testamentsvollstreckung	1061
b) Der Insolvenzverwalter im Nachlassinsolvenzverfahren	1062
c) Die Insolvenzgläubiger	1062
d) Das zuständige Insolvenzgericht	1062
2. Der Insolvenzgrund nach § 320 InsO	1063
a) Überschuldung	1063
b) Zahlungsunfähigkeit	1064
3. Der Insolvenzantrag	1064
a) Antragsrecht und Antragspflicht des Erben	1064
aa) Das Antragsrecht nach § 317 Abs. 1 InsO	1064
bb) Die Antragspflicht des Erben nach § 1980 Abs. 1 Satz 1 BGB	1066
cc) Muster: Insolvenzantrag des Erben	1067
dd) Muster: Anhörung der Miterben zum Insolvenzantrag	1068
b) Antragsrecht von Nachlasspfleger, Nachlassverwalter, Testamentsvollstreckter	1068
c) Das Antragsrecht des Insolvenzgläubigers	1069

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Das Insolvenzeröffnungsverfahren und die Insolvenzeröffnung	1069
5. Überleitung eines eröffneten Insolvenzverfahrens in die Nachlassinsolvenz	1069
a) Fortführung als Nachlassinsolvenzverfahren	1069
b) Muster: Überleitungsbeschluss zum Nachlassinsolvenzverfahren	1071
c) Tod des Schuldners nach Insolvenzantragstellung	1072
6. Besonderheiten in der Verfahrensabwicklung	1072
a) Besonderheiten bei den Gläubigerversammlungen	1072
b) Masseverbindlichkeiten und Insolvenzforderungen	1072
aa) Die Masseverbindlichkeiten des § 324 InsO	1072
bb) Die Insolvenzforderungen des § 327 InsO	1073
c) Die Beendigung des Nachlassinsolvenzverfahrens	1073
d) Besonderheiten im Insolvenzplanverfahren	1074
e) Besonderheiten bei gleichzeitiger Insolvenz des Erben	1074
II. Besonderheiten im materiellen Insolvenzrecht	1075
1. Die Bestimmung der Insolvenzmasse	1075
2. Anfechtung von Rechtshandlungen	1076
3. Rückschlagsperre gegen Zwangsvollstreckungen in den Nachlass	1076
4. Ansprüche zwischen Erben und Nachlass	1077

Teil 8. Besonderheiten der Genossenschaftsinsolvenz

Kapitel 1. Grundstrukturen der Genossenschaftsinsolvenz

I. Die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaft	1080
1. Rechtsnatur und Ausprägungen der Genossenschaft im Wirtschaftsleben	1080
2. Die Bedeutung der Genossenschaft in den neuen Bundesländern	1081
II. Rechtsquellen zur Genossenschaftsinsolvenz	1082
1. Die insolvenzrechtlichen Regelungen des Genossenschaftsgesetzes	1082
2. Anwendung von Insolvenzordnung und Genossenschaftsgesetz	1083

Kapitel 2. Besonderheiten des Genossenschaftsinsolvenzverfahrens

I. Besonderheiten des Regelinsolvenzverfahrens	1084
1. Die Genossenschaft im Insolvenzeröffnungsverfahren	1084
a) Insolvenzantrag, Antragsrecht und Antragspflicht	1084
b) Insolvenzgründe bei der Genossenschaft	1085
2. Besonderheiten des eröffneten Insolvenzverfahrens	1086
a) Unmittelbare Folgen der Insolvenzeröffnung	1086
b) Die Rechtsstellung der genossenschaftlichen Organe	1087
aa) Die Befugnisse der Generalversammlung	1087
bb) Pflichten und Rechte des Vorstands und des Aufsichtsrats	1087
c) Die Rechtsstellung des einzelnen Genossen	1088
d) Die Bestellung eines Gläubigerausschusses	1089
II. Besonderheiten bei Insolvenzplan und Eigenverwaltung	1089
1. Besonderheiten des Insolvenzplanverfahrens	1089
2. Besonderheiten bei Eigenverwaltung	1090

Kapitel 3. Die Nachschusspflicht der Genossen

I. Grundlagen zur Nachschusspflicht	1092
1. Die Haftungsverfassung der Genossenschaft	1092
a) Die Genossenschaft als juristische Person mit personaler Innenhaftung	1092
b) Bestimmung einer Nachschusspflicht im Statut nach § 6 Nr. 3 GenG	1093
2. Die Voraussetzungen der Nachschusspflicht nach § 105 GenG	1093
a) Eröffnung des Insolvenzverfahrens	1093
b) Ausfall der Massegläubiger oder der Insolvenzgläubiger	1094

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Die nachschusspflichtigen Genossen	1095
a) Mitgliedschaft im Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung	1095
b) Die Fiktion des Nichtausscheidens nach § 75 GenG	1095
c) Nachschusspflicht der Erben nach § 77 GenG	1096
d) Die Nachschusspflicht ausgeschiedener Genossen nach § 115b GenG	1096
II. Das Verfahren der Feststellung und der Vollstreckbarkeit	1097
1. Das Grundsystem der Berechnung und Einforderung der Nachschüsse	1097
2. Die Vorschussberechnung des Insolvenzverwalters	1098
a) Die Pflicht des Insolvenzverwalters zur Einforderung	1098
b) Der Antrag auf Vollstreckbarerklärung der Vorschussberechnung	1098
c) Muster: Vorschussberechnung mit Antrag auf Vollstreckbarerklärung	1099
3. Der gerichtliche Erklärungstermin nach § 108 GenG	1100
a) Der Zweck des Termins	1100
b) Einberufung durch das Insolvenzgericht	1100
c) Muster: Terminbestimmung nach § 107 GenG	1101
d) Muster: Ladung zum Erklärungstermin	1102
e) Der Ablauf des Erklärungstermins	1102
aa) Anhörung der Beteiligten und Erhebung von Einwendungen	1102
bb) Beschlussfassung zur Vollstreckbarerklärung	1103
f) Muster: Protokoll des Erklärungstermins nach § 108 GenG	1104
4. Die Zwangsvollstreckung durch den Insolvenzverwalter	1106
a) Die Vollstreckbarerklärung als Vollstreckungstitel nach § 109 Abs. 2 GenG	1106
b) Abtretbarkeit des Anspruchs nach § 108a GenG	1106
c) Abschluss eines Vergleichs zur Nachschusspflicht nach § 112a GenG	1106
5. Die Anfechtungsklage nach § 111 GenG	1106
6. Zusatzberechnung und Nachschussberechnung nach §§ 113, 114 GenG	1107
7. Die Verteilung der Nachschüsse an die Gläubiger nach § 115 GenG	1107
a) Verteilung nach Schlussverteilung des Insolvenzverfahrens	1107
b) Verteilung mit Abschlagsverteilung nach § 115a GenG	1108

Teil 9. Vergütung im Insolvenzverfahren und Kosten des Insolvenzverfahrens

Kapitel 1. Vergütung im Insolvenzverfahren

I. Grundlagen zur Vergütung des Insolvenzverwalters	1111
1. Rechtsgrundlagen zum Vergütungsrecht	1111
2. Die Insolvenzzrechtliche Vergütungsverordnung	1114
3. Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	1116
4. Zeitliche Anwendung der Insolvenzzrechtlichen Vergütungsverordnung	1116
II. Die Bestimmung der Vergütung des Insolvenzverwalters	1117
1. Grundsystem der Vergütungsgewährung	1117
2. Bestimmung der Insolvenzmasse	1117
3. Regelvergütung nach § 2 InsVV und Mindestvergütung	1123
4. Erhöhung oder Kürzung der Vergütung	1126
a) Typisierung der Erhöhungs- und Kürzungskriterien	1126
b) Erhöhungskriterien nach § 3 Abs. 1 InsVV	1128
c) Kürzung der Vergütung nach § 3 Abs. 2 InsVV	1133
5. Die Delegation einzelner Aufgaben durch den Insolvenzverwalter	1135
a) Die Zulässigkeit der Beschäftigung von Hilfskräften	1135
b) Die Dokumentationspflicht nach § 8 Abs. 2 InsVV	1136
c) Die vergütungsrechtlichen Folgen der Delegation	1136
d) Die zulässige Entnahme eigener Gebühren nach § 5 InsVV	1137
6. Auslagenersatz und Umsatzsteuer	1137
III. Das Verfahren der Vergütungsfestsetzung	1140
1. Antrag auf Festsetzung der Vergütung	1140

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Muster: Antrag auf Festsetzung der Vergütung des Insolvenzverwalters	1140
3. Beschluss des Insolvenzgerichts	1144
4. Muster: Beschluss über der Festsetzung der Vergütung des Insolvenzverwalters	1145
5. Vorschuss auf die Vergütung	1147
6. Muster: Beschluss zur Gestattung der Entnahme eines Vorschusses auf die Vergütung des Insolvenzverwalters	1148
7. Rechtsmittel gegen die Vergütungsfestsetzung	1149
IV. Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	1150
1. Grundsätze zur Vergütung	1150
2. Bestimmung der Insolvenzmasse	1151
a) Ist-Masse als Berechnungsgrundlage	1151
b) Vermögenswerte mit Fremdrechten	1152
c) Liquidations- und Fortführungswert	1153
d) Der Zeitpunkt der Bewertung	1153
e) Die Grundlagen der Bewertung	1154
f) Anfechtungsansprüche	1154
g) Die Nichtberücksichtigung bei bloßer Besitzüberlassung	1154
h) Die nachträgliche Änderung der Vergütung nach § 11 Abs. 2 InsVV	1154
i) Analoge Anwendung der Tatbestände des § 1 Abs. 2 InsVV	1155
3. Angemessener Anteil der Vergütung des Insolvenzverwalters	1155
a) Bruchteil von 25 Prozent	1155
b) Erhöhung oder Kürzung entsprechend § 3 InsVV	1156
4. Auslagensatz und Umsatzsteuer	1158
5. Verfahren der Vergütungsfestsetzung	1158
6. Muster: Antrag auf Festsetzung der Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	1160
V. Vergütung in besondere Verfahrensarten	1163
1. Vergütung eines Sonderverwalters	1163
2. Vergütung bei Nachtragsverteilung	1163
3. Vergütung bei Überwachung eines Insolvenzplans	1164
4. Vergütung des Sachwalters bei Eigenverwaltung	1164
a) Der Sachwalter im eröffneten Eigenverwaltungsverfahren	1164
b) Die Vergütung des vorläufigen Sachwalters	1165
5. Vergütung des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren	1167
6. Vergütung des Treuhänders im Verbraucherinsolvenzverfahren	1167
a) Vereinfachtes Insolvenzverfahren bis 30.6.2014 beantragt	1167
b) Vergütung in den seit 1.7.2014 beantragten Verfahren	1168
c) Der vorläufige Treuhänder oder Insolvenzverwalter	1168
VI. Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	1169
1. Rechtsgrundlage der Vergütung	1169
2. Höhe der Vergütung	1170
3. Auslagen und Umsatzsteuer	1171
4. Festsetzung der Vergütung	1171
5. Muster: Beschluss über die Festsetzung der Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	1172

Kapitel 2. Gerichtskosten des Insolvenzverfahrens

I. Kostenschuldner, Gegenstandswert und Kostenansatz	1174
1. Gerichtskosten und Kostenfreiheit	1174
2. Kostenschuldner	1175
3. Gegenstandswert und Fälligkeit der Gebühren	1177
4. Zeitpunkt des Kostenansatzes und Kostenvorschuss	1178
a) Zuständigkeit des Kostenbeamten	1178

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Rechtsmittel gegen den Kostenansatz	1178
c) Muster: Beschluss über die Zurückweisung der Erinnerung gegen den Kostenansatz	1179
d) Gebühren- und Auslagenvorschuss	1180
e) Muster: Kostenrechnung im Insolvenzverfahren	1181
5. Massekostenvorschuss	1182
II. Die Gebührentatbestände des Gerichtskostengesetzes	1182
1. Das System der Gebührentatbestände	1182
2. Die Antragsgebühr im Eröffnungsverfahren	1182
a) Höhe und Abgeltungsumfang der Antragsgebühr	1182
b) Mehrere Insolvenzanträge gegen einen Schuldner	1183
c) Verbindung mehrerer Anträge	1183
d) Antrag eines Gläubigers gegen mehrere Schuldner	1183
3. Verfahrensgebühr des eröffneten Insolvenzverfahrens	1184
4. Gebühr für besonderen Prüfungstermin	1184
5. Besondere gerichtliche Verfahren innerhalb des Insolvenzverfahrens	1185
a) Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung	1185
b) Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	1185
c) Verfahren der Nachtragsverteilung	1185
d) Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	1185
e) Verfahren der Restschuldbefreiung	1185
f) Insolvenzplanverfahren	1186
6. Gebühren im Beschwerdeverfahren	1186
7. Weitere gebührenfreie Nebengeschäfte	1187
a) Eintragungen in Grundbuch, Handelsregister	1187
b) Abschriften aus dem Schuldnerverzeichnis	1187
c) Erteilung vollstreckbarer Ausfertigungen aus der Insolvenztabelle	1187
III. Die Entschädigung des Sachverständigen	1187
1. Grundlagen zur Bemessung der Entschädigung	1187
2. Verfahren der Festsetzung	1189
Kapitel 3. Kosten des Gerichtsvollziehers im Insolvenzverfahren	
I. Allgemeine Geltung des Gerichtsvollzieherkostengesetzes	1190
II. Die Gebührentatbestände des Gerichtsvollzieherkostengesetzes	1190
1. Allgemeine Regelungen	1190
a) Voraussetzungen der Tätigkeit des Gerichtsvollziehers	1190
b) Rechtsgrundlage der Gebühren des Gerichtsvollziehers	1191
c) Schreibauslagen und Wegegeld	1191
d) Vordruck- und Telefonauslagen	1191
e) Tätigwerden zur Nachtzeit, an Sonn- und Feiertagen	1191
2. Einzelne Gebühren im Insolvenzverfahren	1192
a) Siegelung der Insolvenzmasse	1192
b) Verhaftung und Vorführung des Schuldners	1192
c) Inbesitznahme der Insolvenzmasse	1192
Kapitel 4. Rechtsanwaltsgebühren im Insolvenzverfahren	
I. Allgemeine Geltung der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung	1194
II. Die Gebührentatbestände des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes	1194
1. Insolvenzeröffnungsverfahren	1194
a) Vertretung des Schuldners	1194
b) Vertretung des antragstellenden Gläubigers	1195
2. Insolvenzverfahren	1195
a) Vertretung eines Beteiligten des Insolvenzverfahrens	1195
b) Vertretung eines Aus-, Absonderungsberechtigten oder eines Massegläubigers	1196
c) Anmeldung einer Forderung zur Insolvenztabelle	1196

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Besondere Verfahrensarten	1196
a) Insolvenzplanverfahren	1196
b) Schuldenbereinigung und Verbraucherinsolvenz	1197
c) Restschuldbefreiungsverfahren	1198
4. Beschwerdeverfahren	1198
5. Erstattung der Rechtsanwaltskosten	1198
 Teil 10. Internationales Insolvenzrecht	
 Kapitel 1. Überblick	
I. Der Begriff des Internationalen Insolvenzrechts	1201
II. Rechtsgrundlagen	1202
1. Nationales Recht	1202
2. Zwischenstaatliche Übereinkommen	1202
3. Verordnung (EG) Nr. 1346/2000	1203
III. Internationale Zuständigkeit der Insolvenzgerichte	1204
1. Nationales Recht	1204
2. EU-Verordnung	1204
 Kapitel 2. Wirkungserstreckung eines ausländischen Verfahrens auf das deutsche Inland	
I. Wirkungserstreckung durch Anerkennung	1207
1. Allgemeines	1207
2. Autonomes deutsches Recht	1207
3. EG-Verordnung	1207
II. Anerkennungsvoraussetzungen	1208
1. Universalitätsanspruch der lex concursus	1208
2. Internationale Zuständigkeit des Eröffnungsgerichts	1209
a) Nationales Recht	1209
b) EG-Verordnung	1209
3. Ordre public-Vorbehalt	1210
III. Verfahren der Anerkennung	1211
1. Automatische Anerkennung	1211
2. Feststellung der Anerkennung	1211
IV. Umfang der Wirkungserstreckung	1212
1. Allgemeines	1212
2. Einzelfragen	1212
a) Verfügungsmacht des ausländischen Verwalters	1212
b) Vollstreckungsverbot	1213
c) Anfechtbarkeit von Rechtshandlungen	1214
d) Aufrechnung	1214
e) Sicherungsrechte	1215
f) Unterbrechung eines inländischen Zivilverfahrens	1215
g) Ausländischer Vergleichsabschluss	1216
h) Ausländische Restschuldbefreiung	1216
i) Gegenseitige Verträge	1216
3. Erstreckung der Tatbestandswirkung	1217
 Kapitel 3. Vollstreckung ausländischer Insolvenzentscheidungen	
I. Keine automatische Anerkennung der Vollstreckungswirkung	1218
II. Verfahren der Vollstreckbarerklärung	1218
1. Autonomes Recht	1218
2. EG-Verordnung	1219

	Seite
Kapitel 4. Aufgaben des inländischen Insolvenzgerichts aufgrund einer ausländischen Verfahrensöffnung	
I. Allgemeines	1220
II. Sicherungsmaßnahmen	1220
1. Voraussetzungen	1220
2. Zuständigkeit	1220
III. Veröffentlichungen	1221
1. Voraussetzungen und Modalitäten	1221
2. Zuständigkeit	1222
IV. Registereintragungen	1222
1. Voraussetzungen und Inhalt	1222
2. Zuständigkeit	1223
Kapitel 5. Inländisches Partikularinsolvenzverfahren	
I. Begriff	1225
II. Voraussetzungen	1225
1. EG-Verordnung	1225
2. Autonomes Recht	1226
III. Zuständigkeit	1226
IV. Antragsrecht	1226
1. Eigenantrag	1226
2. Gläubigerantrag	1227
V. Prüfung der Eröffnungsvoraussetzungen	1228
1. Eröffnungsgrund	1228
2. Abweisung mangels Masse	1228
VI. Eröffnung des Partikularinsolvenzverfahrens	1228
1. Eröffnungsbeschluss	1228
a) Inhalt	1228
b) Muster: Eröffnungsbeschluss für ein Sekundärinsolvenzverfahren i. S. des Art. 27 EuInsVO	1229
2. Bekanntmachung des Eröffnungsbeschlusses	1231
3. Forderungsanmeldung	1232
4. Aussetzung der Verwertung	1232
5. Beteiligung des ausländischen Insolvenzverwalters	1233
6. Insolvenzplan und Restschuldbefreiung	1233
7. Erlösverteilung	1234
Kapitel 6. Wirkungserstreckung eines inländischen Insolvenzverfahrens im Ausland	
I. Universalitätsanspruch des deutschen Rechts	1235
II. Inländische Rechtsfolgen	1235
III. Ausländische Rechtsfolgen	1236
IV. Besonderheiten eines inländischen Verfahrens mit Auslandsbezug	1236
1. Begründung des Eröffnungsbeschlusses	1236
2. Vermeidung von Kompetenzkonflikten	1237
3. Ausländisches Sekundärinsolvenzverfahren	1237
Sachverzeichnis	1239